

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	
L001	Wachstumsland Nr. 1 – für ein dynamisches Hessen und ein starkes Deutschland. Landesvorstand
Satzungsänderungsanträge	
S001	Satzungsänderung § 26 Ortsverbände Bezirksverband Rhein-Main
S002	Neu: §26 Ortsprecher und Ortsbeauftragte Kreisverband FDP Main-Kinzig
Anträge Landesparteitag Hanau 2017	
001	Mehr Transparenz und Chancengerechtigkeit: neues Vergabeverfahren für die weiterführenden Schulen, insb. Gymnasien Kreisverband Frankfurt am Main
002	Subsidiarität, Selbstbestimmung und Marktwirtschaft für eine starke Gemeinschaft: Die Europäische Union muss umfassend reformiert werden. Kreisverband Offenbach-Land
003	Religionsfreiheit hört dort auf, wo Grundrechte verletzt werden! Kreisverband Offenbach-Land
004	Offensive zum Infrastrukturausbau in Frankfurt-Rhein-Main Bezirksverband Rhein-Main
005	Offensive für mehr Wohnraum in Frankfurt-Rhein-Main Bezirksverband Rhein-Main
006	Altersrente auch ohne Rentenantrag Bezirksverband Rhein-Main
007	Rechtsstaat schützen – Sicherheit gewährleisten – Recht durchsetzen! Wolfgang Greilich, Johannes Baron, Nicola Beer, Dr.h.c.Jörg-Uwe Hahn, Dr. Rudolf Kriszeleit, Jürgen Lenders, Dr. Thorsten Lieb, Alexander Müller, Moritz Promny, Florian Rentsch, René Rock, Ulrike Schmidt, Bettina Stark-Watzinger

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 2

008	Neustart in der Energiepolitik Dr. Matthias Büger, Bettina Stark-Watzinger, Thomas Bittner, Marion Schardt-Sauer, Jörg Behlen, LFA Forschung, Technologie, Energie
009	Wahlrecht mit 16! JuLis Hessen
010	Wahlrecht von Geburt an Dr. Hermann Otto Solms
011	Bares muss Wahres bleiben – Abschaffung des Bargelds verhindern KV Frankfurt am Main
012	Für eine Grundlegende Reform der Europäischen Verträge LFA Internationale Politik
013	Mehr Stabilität und Eigenverantwortung in der Europäischen Währungsunion LFA Internationale Politik
014	Für eine zukunftsfähige Außen- und Sicherheitspolitik LFA Internationale Politik
015	Reichweite und Grenzen der Religionsfreiheit Kommission Religionsgemeinschaften
016	E-Government Bezirksverband Nord-/Osthessen
017	Mobilität 4.0 - Autonomes Fahren und ÖPNV - Zukunftskonzepte voranbringen – Wirtschaftsstandort sichern Jürgen Lenders, Kreisverband Fulda
018	Mehr Geld für Straßenbau, mehr Bundesmittel abrufen! Riederwaldtunnel, A661-Ausbau und A49 Weiterbau sind zentrale Maßnahmen für Hessen. Jürgen Lenders, Mario Klotzsche, Kreisverband Fulda
019	Industriestandort Hessen erhalten – Energiepolitik reformieren René Rock, Mario Klotzsche, Kreisverband Fulda
020	Gesetzliches Kopftuchverbot für Richterinnen, Staatsanwältinnen und Rechtsanwältinnen im Gerichtssaal Landesfachausschuss für Innen- und Rechtspolitik
021	Art. 63 Abs.1 GG Walther Kiep

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 3

022	In allen Disziplinen frei – Für eine liberale Sportpolitik JuLis Hessen
023	E-Mail-Verteiler Bezirksverband Rhein-Main

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 4

Antrag L001

Verfahrenshinweis

Der Leitantrag „Wachstumsland Nr. 1 – für ein dynamisches Hessen und ein starkes Deutschland“ basiert auf der Beschlusslage des Landesvorstands. Der Antragsentwurf wurde an zahlreiche Verbände mit der Bitte um inhaltliches Feedback verschickt sowie für die Mitglieder auf „meine freiheit“ zur Diskussion gestellt. Nach Beendigung der Mitgliederbeteiligung am Sonntag, dem 12. März, wird er durch den Landesvorstand final abgestimmt und in der geänderten Fassung in den Landesparteitag als Leitantrag eingebracht.

Betr.: Wachstumsländ Nr. 1 – für ein dynamisches Hessen und ein starkes Deutschland.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Wachstumsland Nr. 1 – für ein dynamisches Hessen und ein**
2 **starkes Deutschland.**

3 Hessen ist eine der attraktivsten Regionen der Welt: landschaftlich, kulturell und
4 ökonomisch. Deutschland ist eine starke Wirtschaftsation. Gemeinsam haben
5 wir viel erreicht. Aber: So wie die Bundesrepublik in der Welt zurückfällt, so fällt
6 Hessen in Deutschland zurück. Das Wirtschaftswachstum Deutschlands liegt
7 deutlich unter dem Schnitt in der Europäischen Union und das Wachstum
8 Hessens knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts. Konjunkturlokomotive – das
9 war einmal. Sollten wir nicht wieder gemeinsam eine neue Dynamik entfalten,
10 damit Hessen Wachstumsländ Nummer 1 in Deutschland wird – und Deutschland
11 in Europa? Sollten wir nicht all unser Streben auf das Ziel ausrichten, wieder
12 besser zu werden und unsere Wirtschaftskraft zu stärken?

13 Deshalb setzen wir der Mietpreisbremse, der
14 Mindestlohndokumentationsverordnung, der Rente mit 63 und der Planwirtschaft
15 in der Energiepolitik das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft im Erhard'schen
16 Sinne entgegen. Die Soziale Marktwirtschaft ist das beste bisher bekannte
17 Instrument, um jedem Einzelnen Chancen zu eröffnen. Dabei sind die Prinzipien
18 der Freiheit, Eigenverantwortung und Konsumentensouveränität die Richtschnur
19 unserer Politik.

20 **Gründerboom heute starten**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 5

21 Große Innovationssprünge und Marktumbrüche finden der Regel durch neue
22 Unternehmungen statt. Deutschland ist – die Zahl der Patentanmeldungen
23 zeigen es – hoch innovativ, bleibt aber bei Unternehmensgründungen
24 international ein Schlusslicht. In Hessen haben im bundesweiten Vergleich nur
25 5,4 Prozent der Neugründungen ihren Sitz. Unser Land braucht endlich eine
26 Gründerkultur. In kaum einem anderen entwickelten Land ist eine Gründung so
27 kompliziert wie in Deutschland. Mut und Pioniergeist erleben jeden Tag einen
28 veralteten Staat, bürokratische Bremsen und eine Politik, die mit einer
29 „Arbeitsstätten-Verordnung“ von der Tastatur eines Computers über die
30 Lichtverhältnisse am Heimarbeitsplatz bis zur Temperatur von Lagerräumen das
31 gesamte Arbeitsleben der Menschen bis ins kleinste Detail vorschreiben will. Nur
32 wer im Rahmen seiner politischen Gestaltungsspielräume die wirtschaftliche
33 Freiheit ermöglicht, wird langfristig profitieren und als Standort attraktiv bleiben.
34 Daher wollen wir einen modernen Staat – d.h., wir brauchen u.a. bürokratiefreie
35 Räume für Start-Ups in der Gründungsphase und kundenorientierte
36 „One-Stop-Shops“ in der Verwaltung. Bessere gesetzliche Rahmenbedingungen
37 müssen Wagniskapital zu Chancenkapital machen. Deutschland braucht nicht
38 nur einen Wandel der Fehler-Kultur, sondern auch des Insolvenzrechts, damit
39 mutige Menschen die Chance haben, wieder auf die Füße zu kommen. Wir
40 müssen aus Fehlern der Vergangenheit für den Erfolg der Zukunft lernen.

41 **Vorfahrt für Technologien der Zukunft**

42 Digitalisierung ist ein Megatrend, der in der analogen Welt unserer Bundes- und
43 Landesregierung nur am Rande vorkommt. Zwar liegt Deutschland beim Zugang
44 der Bevölkerung zu Breitbandinternet noch im europäischen Mittelfeld, beim
45 Ausbau der für die Wirtschaft wichtigen Glasfasertechnologie nehmen wir (im
46 europäischen Vergleich) jedoch den letzten Platz ein. Nur mit leistungsfähigen
47 Netzen ist der digitale Durchbruch möglich. Deutschland als Land der Ingenieure
48 muss endlich wieder den Ehrgeiz entwickeln, auch hier eine Spitzenposition
49 einzunehmen. Eine große Chance bietet die Mobilisierung privaten Kapitals.
50 Daher wollen wir verstärkt Möglichkeiten und Anreize für private Investitionen in
51 Infrastrukturprojekte schaffen – sowohl für Kleinanleger als auch für institutionelle
52 Investoren. Außerdem soll die Einführung der degressiven Abschreibung sowie
53 der steuerlichen Forschungsförderung dem Mittelstand schnelle Investitionen
54 ermöglichen. Der Staat kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, denn unsere
55 Bürger leben immer noch in der Service-Wüste Deutschland: Statt den Menschen
56 und Unternehmen Zeit zu stehlen, muss Digitalisierung die öffentliche Verwaltung
57 schneller, effizienter und bürgerorientierter machen.

58 **Mobilität sichern**

59 Der Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft in Hessen ist auf eine
60 funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Ob A 49, Frankfurter
61 Flughafen, Riederwaldtunnel/A66, das hessische Schienennetz oder zahlreiche
62 Landesstraßenprojekte: Bei zentralen Infrastrukturprojekten geht es langsam oder

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 6

63 gar nicht voran. Die globale Welt lässt weder Platz noch Zeit für
64 Augenwischerei. Seit Jahren lebt Deutschland von seiner Substanz und
65 gefährdet den Wirtschaftsstandort. Deutschland und Hessen brauchen höhere
66 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Deshalb muss Infrastruktur Staatsziel
67 werden. Mit einer fortlaufenden Beachtung des Staatsziels Infrastruktur können
68 wir die Basis für eine zukunftsfähige Volkswirtschaft schaffen, um den Menschen
69 in Hessen die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt zu
70 ermöglichen. Die hessischen Verkehrssysteme müssen so aufgerüstet werden,
71 dass sie ein integratives, interaktives, intelligentes Mobilitätssystem ermöglichen.
72 Hessen soll Vorreiter in Sachen Mobilität 4.0 werden. Wir wollen
73 Planungsverfahren beschleunigen und die Menschen, statt am Ende, von Beginn
74 an informieren und beteiligen. Schwarz-Grün in Hessen hat im letzten Jahr die
75 vom Bund bereitgestellten Straßenbaumittel teilweise verfallen lassen. Es liegt
76 also nicht nur am Geld. Auch der politische Wille muss vorhanden sein.

77 **Fachkräftemängel beseitigen**

78 Schon heute ist absehbar, dass in Hessen im Jahr 2030 rund 230.000
79 Fachkräfte fehlen werden. Fehlendes Know-How ist ein Bremsklotz für jede
80 Wirtschaft. Hinzu kommt, dass während die Digitalisierung eine Revolution in der
81 Arbeitswelt ausgelöst hat, die große Koalition den Status-Quo des vergangenen
82 Jahrhunderts zementiert. Wir Freien Demokraten fordern ein Umdenken gegen
83 die Entwicklungen des Fachkräftemangels: Eine Bildungsoffensive und ein
84 überfälliges Einwanderungsgesetz sind notwendig. Wir wollen aber nicht nur
85 neue qualifizierte Leute für unser Land gewinnen, sondern auch alle Menschen
86 unterstützen, sich mit ihren Fähigkeiten stärker einbringen zu können. Wir wollen
87 Nachqualifizierung und Weiterbildung ermöglichen, um jedem die Chance zu
88 geben, einen Spitzenplatz im jeweiligen Fachgebiet einzunehmen.
89 Fortbildungsprogramme mit Fokus auf die digitale Welt müssen verstärkt
90 aufgelegt werden. Der klassische Acht-Stunden-Tag wird zunehmend von
91 individuellen Arbeitsformen und -zeiten ersetzt. Die Zukunft gehört individuellen
92 Lebens- und Arbeitskonzepten. Zudem wollen wir mittelständischen
93 Unternehmen mehr Flexibilität ermöglichen, was Arbeitszeitgesetze oder
94 Zeitarbeit und Werkverträge betrifft. Die pauschale Misstrauenskultur der
95 Bundesregierung ist fehl am Platz und kostet unser Land viel Wohlstand. Wir
96 wollen, dass (Solo-)Selbständige nicht unter den Generalverdacht einer
97 Scheinselbständigkeit gestellt werden. Selbständige, die anhand von
98 „Positiv-Kriterien“ nachweisen können, dass sie für sich sorgen können, sollen
99 nicht intensiven Prüfungen unterzogen werden und Rechtsicherheit erhalten.

100 **Vernunft statt Ideologie in der Energiepolitik**

101 Die Energiewende belastet die Menschen und wird immer mehr zum
102 Standortrisiko. Seit dem Jahr 2000 hat sich der Strompreis in Deutschland
103 verdoppelt. Die Gründe dafür liegen beim Staat und der aktuellen Politik:
104 steigende Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage, etliche über den Strompreis zu

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 7

105 finanzierende Umlagen, Stromsteuer und auf alles nochmal die Mehrwertsteuer.
106 Das Kriterium der Nachhaltigkeit muss endlich für alle Aspekte gelten:
107 ökonomisch, ökologisch und sozial. Erneuerbare Energien müssen sich dem
108 Markt stellen und technologieneutral gefördert werden. Insellösungen in Hessen
109 oder in Deutschland haben keinen Sinn. Windräder, die unsere Natur zerstören,
110 ohne das in Europa auch eine Tonne CO2 eingespart wird, lehnen wir ab.
111 Unsere Ziele sind klar: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss abgeschafft und
112 die Stromsteuer gesenkt werden, der europäische Energiebinnenmarkt soll
113 vollendet und der Emissionshandel das künftige Leitinstrument zur Sicherung
114 des Klimaschutzes werden. Wir wollen neue Ideen statt planwirtschaftliche
115 Bevormundung.

116 **Alterssicherung nachhaltig gestalten.**

117 Der demografische Wandel zeigt: Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung wird
118 immer kleiner. Wenn aber immer weniger Jüngere die Rentenbezüge von immer
119 mehr Älteren finanzieren, muss unser Rentensystem angepasst werden. Wer
120 sich gegen Veränderungen ausspricht, der muss auch sagen, dass Arbeitnehmer
121 und Arbeitgeber dafür höhere Beiträge zahlen müssen. Wir setzen uns für eine
122 generationengerechte Finanzierung und bessere Möglichkeiten zur
123 eigenverantwortlichen privaten und betrieblichen Altersvorsorge ein. Mehr
124 Transparenz durch einfache Online-Portale und Information sollen die Grundlage
125 für jede Entscheidung bilden. Gerade in Zeiten der Niedrigzinsphase muss die
126 ergänzende Altersvorsorge auf eine breitere Basis gestellt werden und die
127 Anlage in Aktien, Infrastruktur oder ähnliches ermöglichen. Aber all das hilft
128 nicht, wenn der bürokratische Aufwand für die Unternehmen bei der
129 Durchführung der betrieblichen Altersvorsorge nicht reduziert wird. Alle
130 Menschen sollen mit dem flexiblen Renteneintritt gemäß ihrer individuellen
131 Lebensplanung frei entscheiden können, ob und wie viel sie im Alter noch
132 arbeiten möchten. Wer im Alter arbeitet und damit zu unserem Wachstum
133 beiträgt, muss davon auch profitieren können.

134 **Weltbeste Bildung in Hessen**

135 Bildung ist nicht nur immer noch ein trennendes Element in unserer Gesellschaft.
136 Mangelnde Bildung schwächt auch unsere Wirtschaft. Die Ergebnisse der
137 Bildungsgutachten zeigen: Das deutsche Bildungssystem ist nur noch Mittelmaß.
138 Immer mehr Schüler erreichen nicht das Kompetenzniveau, um überhaupt
139 ausbildungsfähig zu sein. Statt kein Kind, werden immer mehr Kinder
140 zurückgelassen. Das wollen wir ändern: Veränderungen, die nicht auf
141 Ergebnisgleichheit am Ende der Ausbildung, sondern auf Chancengerechtigkeit
142 am Anfang zielen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Schulen mehr
143 Freiheit und dem Lehrerberuf wieder einen höheren Stellenwert geben. Freude
144 an der Leistung darf für Schüler kein Fremdwort sein. Der digitale Wandel macht
145 Anpassung der Bildungsinhalte in der Aus- und Weiterbildung notwendig, um
146 den veränderten Anforderungen an die Qualifikation Rechnung zu tragen. Die

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 8

147 Azubis von heute sind die Meister von morgen. Deshalb muss unser
148 Erfolgsmodell, die „Duale Ausbildung“, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
149 konsequent weiterentwickelt werden. Neue, zukunftsweisende Ideen entstehen
150 nur da, wo Köpfe frei denken können. Wir wollen den Hochschulen eine
151 verlässliche finanzielle Basis und mehr Freiheit bieten, damit Hessen ein
152 internationaler Leuchtturm in der Forschung und Ausbildung wird.

153 **Steuerliche Lasten reduzieren**

154 Fleiß, Talent und Risikobereitschaft müssen in unserer Gesellschaft wieder einen
155 höheren Stellenwert bekommen und einen Unterschied machen dürfen. Denn
156 sonst verlieren wir etwas Wichtiges in unserer Gesellschaft: den Willen sich
157 einzusetzen. Wer sich einsetzt, der soll davon auch profitieren können. Es ist
158 auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, den Solidaritätszuschlag endlich
159 abzuschaffen, denn solidarisch ist an der Ergänzungsabgabe heute nur noch ein
160 geringer Teil. Deshalb wollen wir eine hässliche Ecke in unserem Steuersystem
161 beseitigen. Der Abbau der kalten Progression bedeutet echte Steuergerechtigkeit
162 und sorgt dafür, dass der Aufschwung dort ankommt, wo er erarbeitet wird: bei
163 den Arbeitnehmern. Immer noch gefährden Steuern auf die betriebliche Substanz
164 unsere heimischen Unternehmen. Sie verhindern Investitionen und damit die
165 Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die im vergangenen Jahr beschlossene
166 Erbschaftssteuer belastet den Wirtschaftsstandort und führt zu deutlichen
167 Mehrbelastungen bei der Übertragung von Betriebsvermögen. Wir fordern daher
168 die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Statt zu basteln, muss die Bundesregierung
169 hier mutige Schritte gehen. Der starke Anstieg bei der Grundsteuer in den letzten
170 Jahren muss gestoppt werden. Die im Vergleich mit andern Bundesländern hohe
171 kommunale Steuer verteuert den Wirtschaftsstandort Hessen unnötig.

172 **Hessen braucht einen starken Finanzplatz.**

173 Der Finanzplatz Frankfurt ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hessen. Er schafft
174 nicht nur Arbeitsplätze, sondern sorgt dafür, dass Unternehmen im In- und
175 Ausland Zugang zu Kapital haben. Mit dem Sitz von zwei Zentralbanken und
176 europäischen Aufsichtsbehörden zieht es Menschen aus allen Ländern (der
177 Welt) nach Hessen. Aber der Finanzplatz steht dabei in einem intensiven
178 Wettbewerb mit anderen Finanzplätzen dieser Welt. Die geplante
179 Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab. Bei der Einführung für nur einige wenige
180 Länder wird die Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts deutlich geschwächt. Der Brexit
181 zeigt: Auch die Bundesregierung hat zu handeln und sich in Europa für Frankfurt
182 einzusetzen. Wer neue Finanzunternehmen nach Deutschland holen möchte, der
183 darf keine bürokratischen Mauern aufbauen. Neben den sprachlichen Barrieren
184 schreckt ausländische Institutionen die im europäischen Vergleich überbordende
185 Regulierung im Arbeitsmarkt von einer Investition am Standort Frankfurt ab.
186 Frankfurt hat derzeit die einmalige Chance, sich als Fintech-Zentrum in
187 Deutschland und Europa zu etablieren. Innovation folgt Wissen: Neben dem

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 9

188 Fintech Quartier hilft eine enge Zusammenarbeit mit den in Hessen ansässigen
189 Hochschulen, dem Zentrum Leben zu geben.

Begründung:

Der erste Schritt Wohlstand zu verlieren ist, ihn für selbstverständlich zu halten. Insbesondere wenn wir an unsere Kinder denken, können wir uns nicht auf dem heutigen Stand ausruhen. Zwar geht es uns durch die künstlich tiefen Zinsen auf historischem Niedrig-Niveau, die vielen Beschäftigten der Babyboomer-Generation und wegen des schwachen Euros wirtschaftlich gut. Im Bundeshaushalt machen sich hohe Steuereinnahmen gepaart mit sinkenden Kosten durch niedrige Zinsen in Form von hohen Überschüssen deutlich bemerkbar. Jedoch ist diese Situation nicht von Dauer. Deutschland wird in der Welt zurückfallen, wenn der strukturellen, sich aufbauenden Krise nicht endlich durch eine klare und mutige Weichenstellung entgegenwirkt.

Die politische Forderung nach Freiheit fehlt im Deutschen Bundestag. Dies hat nicht nur den politischen Kurs unseres Landes verändert, sondern auch die Priorität der Themen verschoben. Statt darüber zu streiten, wie wir den Standort stärken, führt die Politik zu oft Symboldebatten oder verliert sich in Nebensächlichkeiten. Die Bundes- und Landesregierung beschäftigt sich derzeit mit Wohlfühldebatten – nicht mit dem Wohl der Menschen.

Im Vordergrund der Politik der Freien Demokraten stehen die Herausforderungen der Zukunft, nicht die Verwaltung der Gegenwart. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher machen, die Herausforderungen des demografischen Wandels anpacken, die Infrastruktur wieder stärken und die Chancen des digitalen Umbruchs aktiv nutzen. Wir Freien Demokraten wollen die Soziale Marktwirtschaft erneuern und damit Deutschland im internationalen Wettbewerb langfristig stärken. So schaffen wir neue Lebenschancen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 10

Antrag S001

Betr.: Satzungsänderung § 26 Ortsverbände

Antragsteller: Bezirksverband Rhein-Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Landessatzung der FDP Hessen wird wie folgt geändert:

2 § 26 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

3 „Ortsverbände können für eine oder mehrere Gemeinden, **die im gleichen**
4 **Landkreis liegen müssen**, gebildet werden, wenn mindestens fünf Mitglieder
5 vorhanden sind.“

6 § 26 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

7 „Die Bildung erfolgt durch Beschluss des Kreisvorstandes des Kreisverbandes,
8 in dessen Gebiet der zu gründende Ortsverband liegt („**zuständiger**
9 **Kreisverband**“) oder auf Antrag der Mehrheit der im betreffenden Bereich
10 wohnhaften Mitglieder bei dem zuständigen Kreisvorstand.“

11 Es wird folgender § 26 Abs. 2 Satz 3 eingefügt:

12 „Bei Gründung eines Ortsverbandes erfolgt die Einladung zur ersten
13 Ortsmitgliederversammlung durch den Kreisvorsitzenden des zuständigen
14 Kreisverbandes.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 11

Antrag S002

Betr.: Neu: §26 Ortsprecher und Ortsbeauftragte

Antragsteller: Kreisverband FDP Main-Kinzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Neu: §26 Ortsprecher und Ortsbeauftragte (die folgende Paragraphen erhöhen
- 2 sich um +1)
- 3 **(1) Der Kreisvorstand kann aus den Mitgliedern des Kreisverbands für eine**
- 4 **oder mehrere Kommunen im Kreisverband, in denen kein Ortsverband der**
- 5 **FDP besteht, folgende Positionen wählen:**
- 6 **a. Ortssprecher (wohnhaft in der Kommune)**
- 7 **oder**
- 8 **b. Ortsbeauftragte (wohnhaft nicht in der Kommune, ist aber für die**
- 9 **Kommune zuständig)**

Begründung:

Die Ortssprecher/Ortsbeauftragten sollen den Grundstein für die Entwicklung eines Ortsverbands legen. Der Ortssprecher wird ähnlich wie ein Ortsvorsitzender für die FDP vor Ort in seinem Zuständigkeitsbereich Politik, Pressearbeit und Mitgliederwerbung in enger Abstimmung mit dem Kreisvorstand betreiben um so den Aufbau eines Ortsverbands zu fördern.

Insbesondere im ländlichen Raum sind durch die geringe Größe mancher Gemeinden nicht genügend FDP-Mitglieder für den effektiven Betrieb eines Ortsverbands vorhanden. Häufig haben Kreisverbände dadurch sogenannte weiße Flecken in den sie teilweise gar nicht repräsentiert sind. Insbesondere dann, wenn in der Kommune ohne Ortsverband auch keine Fraktion besteht oder keine Mitglieder der FDP im Parlament vertreten sind. Als einfaches Mitglied ist es besonders schwer in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Als Ortsbeauftragter/Ortsprecher bekommt das gewählte Mitglied eine offizielle Funktion, die von Presse und Öffentlichkeit besser wahrgenommen wird. Auch für Mitglieder und Interessenten ist ein Ansprechpartner vor Ort ein stärkeres verbindendes Element.

Im Main-Kinzig-Kreis haben wir das Modell bereits vor der Kommunalwahl eingeführt und dadurch in 2 Orten FDP-Listen aufstellen können, in denen das zuvor nicht möglich war. Das hat 2 weitere kommunale Mandate für die FDP Hessen gebracht. Durch die Satzungsänderung möchten wir, dass auch andere Kreisverbände und damit die gesamte hessische FDP von der Idee profitiert.

**Landesparteitag der FDP Hessen
am 18. und 19. März 2017 in Hanau**

Seite 12

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 13

Antrag 001

**Betr.: Mehr Transparenz und Chancengerechtigkeit: neues
Vergabeverfahren für die weiterführenden Schulen, insb.
Gymnasien**

Antragsteller: Kreisverband Frankfurt am Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Vergabe der Plätze an den weiterführenden Schulen ist in den letzten
2 Jahren, insbesondere im Ballungsraum Frankfurt, immer problematischer
3 geworden. Die FDP fordert daher ein völlig neues Vergabeverfahren, das die
4 Transparenz und die Chancengerechtigkeit für die, die besonders belastet sind,
5 die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern, erhöhen soll. Das, was Familien im
6 Moment bei der Platzvergabe erleben, ist durch Willkür und Intransparenz
7 gekennzeichnet und führt nicht nur zu Unmut, sondern auch zu vielen
8 Rechtsstreitigkeiten.
- 9 Kern des Modells ist die Berücksichtigung von schulspezifisch festzulegenden
10 Kriterien zur Auswahl der Schülerinnen und Schüler. Diese Kriterien werden im
11 Sinne einer größeren Schulautonomie von den Schulen selbst festgelegt. Ziel ist
12 es, dass Schulen ihre Schwerpunkte bei der Zusammensetzung der zukünftigen
13 Schülerschaft berücksichtigen können.
- 14 Die FDP möchte auch angesichts knapper Schulplätze an beliebten Schulen den
15 Familien möglichst viele Wahlmöglichkeiten erhalten.
- 16 Das Vergabeverfahren findet nur dann statt, wenn die Zahl der Schüler (m/w),
17 die eine Schule als Erstwunsch gewählt haben die Zahl der Plätze übersteigt.
18 Erstwünsche sollen, so weit es die Anzahl an Plätzen zulässt, berücksichtigt
19 werden.
- 20 Übertrifft die Zahl der Erstwünsche die Zahl der verfügbaren Plätze an einer
21 Schule, wird das Punkteverfahren angewandt. 70% der Plätze werden über
22 dieses Verfahren verteilt, 30% der Plätze werden unter den Familien, die die
23 Schule als Erstwunsch angegeben haben, verlost.
- 24 Das Punkteverfahren im Einzelnen: Jede Schule darf Kriterien für die Aufnahme
25 von Schülern aufstellen. Jeder Schüler (m/w), der sich für eine Schule bewirbt,
26 erwirkt dort, anonymisiert, einen Punktestand, weil er die Kriterien mehr oder
27 weniger stark erfüllt. Dieser Punktestand kommt nur dann zum Tragen, wenn die
28 Wunschschule mehr Bewerber als Plätze hat. Dann kommen die Schüler (m/w)
29 zum Zuge, die den höchsten Punktestand in Bezug auf diese Schule haben. So

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 14

30 kann jeder Beteiligte die Entscheidung der Schule (bzw. der Verwaltung)
31 nachvollziehen.

32 Die Kriterien können die Schulen selbst gemäß ihren Schwerpunkten festlegen.
33 Sie müssen jedes Jahr von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Kriterien
34 können aber sein z.B. die Wohnortnähe des Schülers (m/w), die generelle
35 Eignung für eine bestimmte Schulform (z.B. die „Gymnasialempfehlung“,
36 sportliches oder musisches Engagement).

Begründung:

In der Begründung soll das im Antragstext verkürzt dargestellte Modell erläutert werden:

Um welche Kriterien geht es?

Die weiteren Kriterien legen die Schulen selbstständig fest (jeweils ein Jahr vor ihrer Anwendung), und sie werden vom staatlichen Schulamt genehmigt.

Kriterien könnten zum Beispiel sein:

- Spielen eines Musikinstruments
- Erweiterter Fremdsprachenunterricht in der Grundschule (z.B. zweisprachiger Unterricht oder Fremdsprachen außer Englisch)
- Überdurchschnittliches Engagement in Bezug auf eine Sportart
- Mitwirken bei Theater- oder Chorprojekten
- Teilnahme an naturwissenschaftlichen Kursen/Aktivitäten außerhalb der Schulzeit

Es soll auf notenbezogene Kriterien aus der Grundschulzeit verzichtet werden.

Wie läuft dieses Verfahren ab?

1. Die Schulen legen ein Jahr vorher ihre Wunschkriterien fest und reichen sie zur Genehmigung beim Schulamt ein. Die Schulen können aber auch auf die Benennung von Kriterien verzichten, dann werden 100% der Plätze unter den Erstwunsch-Familien verlost. Eine Änderung der Kriterien der Schulen ist jährlich möglich.
2. Das Schulamt genehmigt die Kriterien und veröffentlicht sie.
3. Schüler (m/w) suchen sich ihre Wunschschulen aus und bewerben sich mit Nachweisen der entsprechenden Kriterien.
4. Liegen bei einer Schule mehr Bewerbungen vor, als es Plätze gibt, wird nach der Höhe der Punkte entschieden, d.h. wie beim Numerus Clausus werden alle Bewerber in Bezug auf ihre Punktzahl in eine Rangfolge gebracht und es werden so lange Plätze vergeben, bis alle Klassen voll sind. Im Sinne der Transparenz kann die in diesem Schuljahr erforderliche Punktzahl für eine bestimmte Schule im Nachhinein auch veröffentlicht werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 15

Wie funktioniert das mit den Punkten?

Zunächst müssen den Kriterien Punkte zugeordnet werden. Das kann z.B. so aussehen:

Beispiele möglicher Kriterien von Schulen (sie dienen nur zur Verdeutlichung des Konzeptes):

Wohnortnähe (berücksichtigt wird Fußweg bzw. Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln)

Dauer des Wegs	Punkte
bis 10 Minuten	30
10 Minuten bis 20 Minuten	20
20 Minuten bis 30 Minuten	10
länger als 30 Minuten	0

Geschwisterkinder

Anzahl Geschwisterkinder auf dieser Schule	Punkte
1	10
2	20
mehr als 2	30

Mercatorschule

Kriterium	Punkte
Einzel-Instrumentalunterricht eines klassischen Instruments seit weniger als 2 Jahren	10
Einzel-Instrumentalunterricht eines klassischen Instruments seit mehr als 2 Jahren	20

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 16

Einzel-Instrumentalunterricht eines klassischen Instruments

seit **mehr** als **3** Jahren 30

Teilnahme an einem qualifizierten Chor

seit **weniger** als **2** Jahren 10

Teilnahme an einem qualifizierten Chor

seit **mehr** als **2** Jahren 20

Elly-Heuss-Knapp-Schule (spanischer Zweig)

Kriterium	Punkte
------------------	---------------

Spanisch-Unterricht in der Grundschule als Schulfach	30
--	----

Spanisch als Sprache im Elternhaus	40
------------------------------------	----

Braun-Gymnasium

Kriterium	Punkte
------------------	---------------

Besuch einer zweisprachigen Grundschule (Englisch)	30
--	----

Englisch als Sprache im Elternhaus	40
------------------------------------	----

Japanisch oder Russisch als Sprache im Elternhaus	30
---	----

Carl-von-Ossietzky-Schule (Sportzweig)

Kriterium	Punkte
------------------	---------------

mind. 3 Trainingseinheiten pro Woche in einer Sportart	
--	--

seit länger als einem Jahr	30
----------------------------	----

mind. 2 Teilnahmen an landesweiten Wettbewerben	
---	--

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 17

in einer Sportart

30

Und jetzt kommen die Kinder, die diese Schulen besuchen wollen:

Karl wohnt in Bockenheim, spielt seit vier Jahren Klavier und besucht die Englisch-Klasse einer zweisprachigen Grundschule. Er hat keine älteren Geschwister.

Bei der **Mercatorschule** erhält er folgende Punkte:

Kriterium	Punkte
Wohnortnähe	20
Klavierunterricht	30
Gesamt	50

Beim Braun-Gymnasium erhält er folgende Punkte:

Kriterium	Punkte
Wohnortnähe	20
Besuch der zweisprachigen Grundschule	30
Gesamt	50

Konrad wohnt in Bockenheim, spielt seit fünf Jahren Geige und besucht die Englisch-Klasse einer zweisprachigen Grundschule. Er nimmt regelmäßig an überregionalen Wettbewerben im Fechten teil. Sein älterer Bruder besucht das Braun-Gymnasium.

Beim **Braun-Gymnasium** (sein erster Wunsch) erhält er folgende Punkte:

Kriterium	Punkte
Wohnortnähe	20
Besuch der zweisprachigen Grundschule	30
Geschwisterkind (1)	10

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 18

Gesamt 60

Bei der **Carl-von-Ossietsky-Schule** (sein zweiter Wunsch) erhält er folgende Punkte:

Kriterium	Punkte
Wohnortnähe	0
mind. 3 Trainingseinheiten pro Woche in einer Sportart	
länger als ein Jahr	30
mind. 2 Teilnahmen an landesweiten Wettbewerben	
in einer Sportart	30
Gesamt	60

Und auf welche Schule kann Konrad jetzt gehen?

Das kommt darauf an, wie viele andere Schüler (m/w) sich dort bewerben. Das Braun-Gymnasium ist in diesem Jahr sehr beliebt. Dort haben sich 200 Schüler für 120 Plätze beworben. Viele andere Schüler (m/w) hatten aber weniger Punkte als er. Alle Kinder, die mehr als 30 Punkte hatten, haben einen Platz bekommen, also auch Konrad.

Vorteile des Punktemodells

- Es ist transparent.
- Es berücksichtigt Veränderungen der Schulprofile und Schulattraktivität.
- Es betont Schwerpunkte der Schulen.
- Es kann jährlich angepasst werden, wenn die gewünschten Effekte nicht erzielt werden.
- Durch die Festlegung von außerschulischen Aktivitäten als Kriterien sollte es durch Eltern möglichst wenig manipulierbar sein.

Nachteile des Punktesystems

- Es ist komplex.
- Eltern müssen u.U. Nachweise über Musikunterricht etc. erbringen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 19

Antrag 002

Betr.: **Subsidiarität, Selbstbestimmung und Marktwirtschaft für eine starke Gemeinschaft: Die Europäische Union muss umfassend reformiert werden.**

Antragsteller: **Kreisverband Offenbach-Land**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen und den Landesverband beauftragen,
2 sich beim Bundesverband für Folgendes einzusetzen:

3 Die Europäische Union (EU) hat in den letzten Jahren zahlreiche Krisen
4 durchlebt, von der länderübergreifenden staatlichen Rettung maroder Banken
5 und Vergemeinschaftung der Schulden schlecht wirtschaftender Länder und der
6 Niedrigzinspolitik bis zur Flüchtlingspolitik oder massive Subventionen bei
7 gleichzeitigem Ringen um Freihandelsverträge. Zudem ist innerhalb der Union
8 eine deutliche Verschiebung von marktwirtschaftlichen zu staatsdirigistischen
9 Verhaltensmustern zu registrieren. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Viele
10 Bürger wehren sich gegen eine gefühlte Gleichmacherei und sehen ihre
11 Vorstellung der EU und das Staatsziel des Grundgesetzes nicht mehr
12 verwirklicht, sie fühlen sich bevormundet und in ihrer demokratischen Mitwirkung
13 verletzt.

14 Als Freie Demokraten kann uns der wachsende und nicht demokratisch
15 beherrschbare Machtanspruch der EU-Einrichtungen und die damit
16 einhergehende schleichende Entmachtung der eigenen Parlamente nicht
17 gleichgültig sein. Die vom Lissabonner Vertrag geforderte "Gleichheit der
18 Lebensverhältnisse" muss durch eine „Gleichheit der Chancen“ ersetzt werden.
19 Nur dies gewährleistet die Leistungsbereitschaft des Einzelnen bzw. des
20 jeweiligen Mitgliedsstaates. Die wachsende Einflussnahme der EU in alle
21 Lebensbereiche widerspricht unserer Grundhaltung von der Selbstbestimmung
22 des Individuums und der Leistungsgerechtigkeit. Wir müssen zurückkehren zur
23 ursprünglichen Idee von Europa als Raum der Freiheit, der seinen Bürgern im
24 Alltag immer neue Chancen bietet. Die Bevormundung der gegenwärtigen
25 Regulierungs- und Transferunion lehnen wir ab.

26 Wir müssen die EU besser machen. Bundesregierung und Bundestag müssen
27 ihre Gesetzgebungskompetenz intensiver beanspruchen und nationale
28 Kompetenzen schneller wahrnehmen; eine Reihe von Verträgen sind nach- bzw.
29 neu zu verhandeln mit dem Ziel, Kompetenzen von der EU zurück zu holen.

30 Wir fordern daher, dass sich die FDP auf Landes- und Bundesebene für
31 folgende notwendige Schritte einsetzt:

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 20

- 32 1. Neudefinition der zentralen Themen, bei denen die Gemeinschaft der 27
33 souveränen Mitgliedsstaaten zusammen tatsächlich stärker ist. Die
34 Zusammenarbeit bei diesen Themen, vom Schutz der Außengrenzen über
35 die Vollendung des Binnenmarktes bis zum Schutz vor Kriminalität muss
36 ausgebaut und gestärkt werden.
- 37 2. Bei allen anderen Themen soll zu einem strikten Prinzip der Subsidiarität
38 zurückgekehrt werden. Und: Was Brüssel nicht für alle regeln muss, sollte
39 es nicht für alle regeln dürfen. Von den nicht mehr zu durchschauenden
40 und mit überbordender Bürokratie verbundenen Subventions- und
41 Förderungsmechanismen bis zur Förderpolitik von Ländern außerhalb der
42 EU muss genau überprüft werden, was sinnvoll ist und was nicht. Die
43 Ausgabenpolitik der Kommission muss einer strengen Kontrolle unterworfen
44 werden. Die Rückübertragung von Kompetenzen an die nationalen
45 Parlamente soll möglich gemacht werden, damit einzelne Sachthemen (z.B.
46 Kennzeichnungspflichten, Herkunftsbezeichnungen, Abfallwirtschaft,
47 Umweltschutz, etc.) von den Mitgliedstaaten geregelt werden können.
- 48 3. Es besteht die dringende Notwendigkeit, Ziel und Zweck der Europäischen
49 Union politisch und juristisch neu zu definieren, statt zu hoffen, dass sich
50 die Dinge schon von alleine in die am Ende für alle richtige Richtung
51 entwickeln werden. Es muss uns um einen sinnvollen Umbau im Sinne
52 eines konföderalen Europas und nicht um einen permanenten Ausbau oder
53 eine permanente Vertiefung gehen. Nur dann können Demokratie,
54 Subsidiarität, Freiheit und soziale Marktwirtschaft gewahrt werden. Die
55 Menschen in der EU brauchen beides, Identität und Selbstbestimmung in
56 der kulturellen Vielfalt unseres Kontinents ebenso wie offene Grenzen,
57 Bewegung und Neugier für Austausch und Zusammenarbeit. Eine
58 Neuaufstellung der EU muss beidem gerecht werden, statt die Bürger
59 einzuengen und zu kontrollieren.

Begründung:

Am Anfang der EU standen sechs Staaten, die unter dem Eindruck zweier vernichtender Weltkriege enger zusammenwachsen wollten. Dieser Wunsch nach Verdichtung einzelner Länder bzw. Interessensgemeinschaften zu einer Rechtsgemeinschaft wird heute nicht mehr hinterfragt, obwohl die EU mit 27 bzw. noch 28 Mitgliedsstaaten unterschiedlichster Interessen und Kulturen mit den Anfängen in der Montanunion in den 50er Jahren nicht vergleichbar ist.

Der erste Vorsitzende der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Paul-Henri Spaak, soll mit seiner Fahrradparabel den Mythos einer nicht aufzuhaltenden europäischen Integration begründet haben: Europa sei wie ein Fahrrad, wenn es nicht vorwärtskomme, falle es um. Er vergaß, dass ein vernünftiger Fahrradfahrer auch ein Bein auf die Erde stellen könnte, um sich abzustützen. Wer immer nur weiterradelt, obgleich der Berg zu steil oder das Gelände nicht mehr passierbar ist, fällt hin.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 21

Europa war und ist tatsächlich seit den 1950er Jahren in Bewegung. Die Vertragsgrundlagen der Union fassen das Bewegungsmotiv in die Zielformulierung der "immer engeren Union der Völker Europas". Die Definition des Endzustands bleibt offen, die Strategie zur Vollendung dieser Union ebenso wie der Widerspruch zu Art.4, Abs. 2 des Vertrags über die EU. Denn hiernach soll die EU die jeweilige nationale Identität der Mitgliedsstaaten achten und nur dort tätig werden, wo Mitgliedsstaaten Zuständigkeiten übertragen haben.

Mit dem Europäischen Rat (als Zusammenkunft der demokratisch gewählten Regierungen noch am ehesten demokratisch legitimiert), der Kommission und dem zwar gewählten, aber dennoch nicht klar in seiner Wirksamkeit erkennbaren Europäischen Parlament sind Institutionen geschaffen worden, die schon aus Gründen des Selbsterhalts eine unkontrollierte Eigendynamik entwickelt haben. Wir haben inzwischen ein Parallelstaatsgebilde mit einer Zwangsverwaltungswirtschaft, das ungebremst wachsen will. Die angestrebte Konvergenz der nationalen Volkswirtschaften erweist sich als statistisches Trugbild. Verträge und Regelwerke werden nur dann eingehalten, wenn es dem eigenen Nutzen dient. Die planlose Erweiterung auf 28 Mitgliedsstaaten hat zudem die Europäische Union in die Nähe zu völkerrechtlichen Vertragswerken gerückt, die ab einer bestimmten Größe (wie z.B. die Vereinten Nationen) zu versteinern drohen.

Das zweite Ziel der europäischen Integration war und ist die ständige geografische Erweiterung der EU. Und im dritten Ziel geht es um den Ausbau der Demokratie und des Parlamentarismus in Europa. Die Politik hat nicht sehen wollen, dass zwischen diesen Zielen ein klares Spannungsverhältnis besteht. Wer eine Vertiefung der Integration und eine permanente Erweiterung anstrebt, muss letztendlich Abstriche an Demokratisierung und Parlamentarisierung machen.

Trotz der vielfältigen theoretischen und normativen Absicherungen des Subsidiaritätsprinzips in den europäischen Verträgen (Lissabon Art. 5, Abs. 3) und im Grundgesetz selbst (Art. 23, Abs. 1) gibt es zudem erhebliche Zweifel an der Effektivität des Subsidiaritätsgedankens in der europäischen Rechtswirklichkeit.

Es ist schon immer Aufgabe liberaler Denker gewesen, einer Überkontrolle durch den Staat Vernunft, Gesetz und die Achtung der Würde des Einzelnen in seinem Selbstbestimmungsrecht entgegenzusetzen. Deshalb fordern wir als Freie Demokraten ein Anhalten und ein Absteigen. Wir müssen das Fahrrad überholen, den Weg überprüfen und das Ziel vor allem so definieren, dass die Vielfalt der Lebensformen in Europa ebenso wie die Freiheit des Wirtschaftens und individuellen Gestaltens bewahrt werden. Denn diese Vielfalt und der mit ihr mögliche offene Wettbewerb machen die wahre Identität Europas aus.

Der Behauptung, es gäbe nur noch die Alternative Ausbau der EU zum Bundesstaat oder den Verfall Europas können wir uns nicht anschließen. Ein Europa "ohne Europäer" ist unter allen Umständen zu vermeiden. Ein sinnvoller Umbau jetzt mit all den schwierigen

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 22

Erfahrungen der jüngsten EU-Geschichte wird Europa und die EU stärken und durch neue Sinnhaftigkeit in Ergänzung zu den einzelnen Staaten neu beleben.

Quellen

- Christian Lindner: "Europa besser machen", Freibrief vom 5. Juli 2016
- Prof. Dr. Frank Schorkopf: Der Europäische Weg, Grundlagen der Europäischen Union, 2. Auflage, Mohr Siebeck, 2015
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier: Europa zwischen Nationalstaatlichkeit und Einheit, F.A.Z., 17. Oktober 2016

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 23

Antrag 003

Betr.: Religionsfreiheit hört dort auf, wo Grundrechte verletzt werden!

Antragsteller: Kreisverband Offenbach-Land

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen und den Landesverband beauftragen,
2 sich beim Bundesverband für Folgendes einzusetzen:

3 Angesichts der massiven Migration insbesondere aus islamisch geprägten
4 Regionen in den Jahren 2015 und 2016 stellen wir fest, dass Personen zu uns
5 gekommen sind, die eine zu uns inkompatible Lebensweise und
6 Gesellschaftsauffassung an den Tag legen. Vieles hiervon wird mit unserem
7 Grundrecht auf Religionsfreiheit gerechtfertigt.

8 Religionsfreiheit endet aber dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Als Freie
9 Demokraten setzen wir uns mit diesem Antrag für die Ausarbeitung klarer
10 Grundsätze ein, wie die selbstverständlich garantierte Freiheit, an eine bestimmte
11 Religion und deren Regeln zu glauben, mit den Grundrechten des Menschen und
12 der Gleichheit zwischen Mann und Frau in Einklang zu bringen ist.

13 Daher erheben wir die folgenden Forderungen:

- 14 1. Jeder, der zu uns kommt, muss sich mit unserer freiheitlich-demokratischen
15 Grundordnung und den Menschenrechten vertraut machen. Dabei soll ihn
16 die Gesellschaft unterstützen.
- 17 2. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau nach Artikel 3, Absatz 2 GG ist
18 in vollem Umfang zu akzeptieren.
- 19 3. Die Religionsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, einen
20 Herrschaftsanspruch des Mannes über die Frau zu begründen.
21 Insbesondere die islamische Glaubensausübung muss mit den Grundsätzen
22 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Einklang gebracht
23 werden.
- 24 4. Jede Form der Vollverschleierung ist mit unserer Auffassung von der
25 Achtung der Persönlichkeit und Freiheit des Einzelnen unvereinbar und
26 daher abzulehnen.
- 27 5. Jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen
28 Orientierung oder geschlechtlicher Identität wird abgelehnt. Die Akzeptanz
29 von unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens und unterschiedlichen
30 Familiensituationen gehört in einer liberalen Gesellschaft zu einem
31 unveräußerlichen Gut.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 24

- 32 6. Deutsches Recht ist unteilbar und gilt auf dem Boden der Bundesrepublik
33 uneingeschränkt. Rechtsfreie Räume oder sogenannte no-go-areas,
34 insbesondere solchen unter der Scharia, sind nicht zuzulassen.

Begründung:

Durch den unerwartet hohen Zustrom von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen in den letzten Jahren wurden, erneut, die großen Unterschiede in der kulturellen Entwicklung verschiedener Regionen der Welt deutlich. Dies spiegelt sich auch in einer völlig anderen Einstellung zu den europäischen Grundwerten wieder.

Die vorübergehende oder langfristige Gastfreundschaft, die Deutschland und andere Länder vielen Menschen im Augenblick gewähren, darf aber nicht dazu führen, dass unsere Gäste oder Mitbürger unsere Werte ignorieren. Umgekehrt müssen wir unsere Werte und Erwartungen auch klar einfordern. Deshalb müssen wir in Deutschland und in der EU sehr klar sagen und auch definieren, was wir von den Migranten während ihres Aufenthalts erwarten und diese Erwartungen auch klar durchsetzen. Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen wiedergewonnen werden.

Die Schwierigkeiten in der Durchsetzung dieser Forderungen liegen einerseits in unserer Ängstlichkeit, unsere Bedürfnisse und Erwartungen zu formulieren und einzufordern, andererseits in der Neigung zur Abschottung dieser fremden Kulturkreise. Außenstehende und staatliche Organe können sich hier schwer einen Überblick verschaffen und scheinbare von wahren Rechtsbrüchen trennen. Dennoch gibt es einige untrügliche Zeichen intrafamiliärer Unterdrückung, denen wir begegnen müssen.

Für uns Europäer ist es ein Schlag ins Gesicht aller, die seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts und nach wie vor für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen und gekämpft haben. Zudem wird hier auch alles in Frage gestellt, was im Zuge der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersfühlenden erreicht worden ist. Wir sollten uns dagegen wehren, dass aus einer falsch verstandenen Toleranz längst überwunden geglaubte archaische Traditionen in unserer Gesellschaft wieder Fuß fassen.

Die freiheitliche Gesellschaft in Deutschland beruht auf und lebt von ihrer Offenheit. Freie Menschen zeigen offen ihr Gesicht und geben sich zu erkennen. Die Begegnung zwischen Menschen erfolgt auf gleichberechtigter Augenhöhe. Hierin sehen wir eine wesentliche Bedingung für die Aufhebung sozialer Unterschiede und das gemeinsame Einvernehmen über die individuelle Freiheit eines jeden Einzelnen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 25

Antrag 004

Betr.: Offensive zum Infrastrukturausbau in Frankfurt-Rhein-Main

Antragsteller: Bezirksverband Rhein-Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Das wachsende Verkehrsaufkommen in der Rhein-Main-Region wird in
2 näherer Zukunft zu einem Verkehrskollaps führen. Insbesondere die Entwicklung
3 der Verkehrsinfrastruktur der östlichen Rhein-Main-Region ist stark ins Stocken
4 geraten. Daher bedarf es umgehend einer infrastrukturpolitischen Offensive, die
5 alle wichtigen Verkehrswege der Region erfasst.
- 6 2. In den Randregionen des Rhein-Main-Gebietes ist noch bezahlbarer
7 Wohnraum zu finden. Damit diese Regionen tatsächlich Alternativen für
8 Menschen – die inmitten des Ballungszentrums Frankfurt-Rhein-Main arbeiten –
9 werden, ist eine solide Anbindung an die großen Städte von elementarer
10 Bedeutung.
- 11 3. Die FDP Rhein-Main unterstützt deshalb die großen und wichtigen
12 Infrastrukturprojekte im Ballungsraum:
 - 13 a) die Regionaltangente West
 - 14 b) die Nordmainische S-Bahn
 - 15 c) die Elektrifizierung der Taunusbahn
 - 16 d) die Verlängerung der U-Bahn-Linien U2 und U6
 - 17 e) das dritte Gleis der Bahnstrecke Frankfurt–Fulda
 - 18 f) den Riederwaldtunnel
 - 19 g) den sechsstreifigen Ausbau der A661 vom Bad Homburger Kreuz bis zum
20 Offenbacher Kreuz
 - 21 h) den sechsstreifigen Ausbau der A5 von der Landesgrenze Thüringen bis zur
22 Landesgrenze Baden-Württemberg
 - 23 i) den achtstreifigen Ausbau der Autobahn A3 zwischen Hanau und Frankfurt
 - 24 j) den Ausbau der PPR-Kreuzung in Bad Homburg v. d. H.
- 25 Zudem soll der Bau eines zweiten S-Bahn-Tunnels auf den Weg gebracht
26 werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 26

27 4. Die Kommunen im Ballungsraum werden aufgefordert, mit allen Kräften diese
28 unbedingt notwendigen und teilweise seit Jahrzehnten in Planung befindlichen
29 Projekte voranzutreiben.

30 5. Die FDP Rhein-Main fordert die Landesregierung auf, sich ebenfalls zu den
31 Projekten zu bekennen und die Umsetzung mit Hochdruck voranzutreiben und,
32 soweit anwendbar, ihre Einstufung in den „vordringlichen Bedarf“ im
33 Bundesverkehrswegeplan durchzusetzen.

34 6. Die FDP Rhein-Main fordert die Bundestagsabgeordneten der
35 Rhein-Main-Region auf, in den Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzressorts, sowie
36 den zugehörigen Ministerien aktiv für die Umsetzung der unter Punkt 3
37 genannten Projekt zu werben.

Begründung:

Wer die Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet vernachlässigt, schadet der gesamten Volkswirtschaft Deutschlands, da ca. 8 % des Bruttoinlandsproduktes in der Rhein-Main-Region erwirtschaftet werden. Die unklaren oder offen ablehnenden Positionen zum Bau der Nordmainischen S-Bahn, des Riederwaldtunnels, zum Ausbau der A3, A5 oder A661 und zum dritten Gleis zwischen Frankfurt und Fulda sind Ausdruck einer unglücklichen Politik, die die Bedeutung des Rhein-Main-Gebietes verkennt und falsche Prioritäten setzt.

Die Berücksichtigung der Rhein-Main-Region im Bundesverkehrswegeplan des Bundesministers für Verkehr und Digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt (CSU) ist ein Debakel für die hessische Landesregierung und desaströs für die zukünftige Entwicklung der Rhein-Main-Region: Im Bundesverkehrswegeplan sind die Aussagen zu diesen Projekten teilweise unklar oder erst gar nicht vorhanden.

Die unklaren Aussagen über die Nordmainische S-Bahn, die fehlende Finanzierung sowie die nun erneute Offenlegung der Planungen aller drei Bauabschnitte sind besonders besorgniserregend. Insgesamt ist zu befürchten, dass das Projekt eventuell ganz gefährdet ist oder zumindest stark verzögert umgesetzt wird. Der Blick nach Bayern und Baden-Württemberg reicht, um zu erkennen, dass die Summe von evtl. 60 Mio. Euro Mehrkosten nicht der Grund für den Stillstand in Sachen Nordmainische S-Bahn sein kann. Man bedenke nur die großzügigen Investitionen in das bayerische Autobahnnetz oder Stuttgart21. Dabei ist die Nordmainische S-Bahn unverzichtbar, da Frankfurt aus allen Nähten platzt und dringend eine bessere Anbindung an die östliche Region braucht. Durch die Entwicklung rund um die EZB wächst Frankfurt im Osten stark und leidet daher zusätzlich unter den Verkehrsbedingungen. Durch die noch nicht ausgebaute Infrastruktur entstehen auch Wachstumshindernisse für umliegende Städte und Gemeinden.

Jüngst wurde zusätzlich das Projekt Riederwaldtunnel durch Entscheidungen des grünen Wirtschaftsministers in Hessen, Tarek Al Wazir, in eine weitere Warteschleife geschickt. Ein weiteres Problem ist die mangelhafte Planung des Ausbaus der A3 zwischen Offenbach und Hanau. Zwar ist der Ausbau zwischen dem Frankfurter Kreuz und dem

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 27

Offenbacher Kreuz in dem Bundesverkehrswegeplan richtigerweise aufgenommen worden, der Ausbau bis zur Ausfahrt Hanau bei Weißkirchen muss jedoch ebenfalls dringend in diesen aufgenommen werden, um den Schulterschluss zum übrigen Ausbau zu finden. Kilometerlange Staus sind in diesem Abschnitt auf beiden Fahrtrichtungen mehr die Regel als die Ausnahme und zeugen davon, dass es hier einen Engpass gibt, der in Zukunft zu weit längeren und häufigeren Staus führen wird.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 28

Antrag 005

Betr.: Offensive für mehr Wohnraum in Frankfurt-Rhein-Main

Antragsteller: Bezirksverband Rhein-Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Um die Wohnungsnachfrage befriedigen zu können und Blasenbildungen
2 bei Mieten und Immobilienpreisen zu verhindern, bedarf es einer
3 wohnungspolitischen Offensive, die geeignet ist, mehr Wohnraum im
4 Rhein-Main-Gebiet zu schaffen: Angebot und Nachfrage müssen einander
5 wieder angenähert werden. – Die sogenannte Mietpreisbremse ist hingegen
6 Augenwischerei und lenkt von den wirklichen Ursachen für den
7 Wohnraummangel ab. Die Mietpreisbremse muss daher wieder abgeschafft
8 werden.
- 9 2. Eine Ursache für den Wohnraummangel liegt in der Abschaffung der
10 degressiven Abschreibung im Jahr 2005, wodurch die Investition in
11 Wohnraum unattraktiver wurde. Die FDP Rhein-Main fordert deshalb von
12 der Bundesregierung attraktivere steuerliche Regelungen, die den
13 Wohnraummangel beheben, der vor allem auch im Ballungsraum
14 Frankfurt-Rhein-Main innerhalb der letzten zehn Jahre entstanden ist.
15 Zudem müssen Baugenehmigungen erleichtert und beschleunigt werden.
16 Schließlich müssen auch überzogene Standards in den Bauvorschriften
17 gesenkt werden, soweit sie nicht die Sicherheit und Solidität von Bauten
18 betreffen.
- 19 3. An geeigneten Standorten in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main
20 machen der Wunsch nach einem städtischen Wohnumfeld und die knapper
21 werdenden Flächen eine dichtere und gleichwohl lebenswerte urbane
22 Bebauung mit Einkaufs- und Kulturangeboten auch in den äußeren
23 Frankfurter Stadtteilen und in den Vorstädten wünschenswert. Die FDP
24 Rhein-Main unterstützt deshalb die Schaffung einer neuen
25 Baugebietskategorie „urbanes Gebiet“ (MU) gemäß § 6a im
26 BauNVO-Referenten-entwurf vom 16. Juni 2016, der eine urbane
27 Mischbebauung von Wohnen und Gewerbe ermöglichen soll.
- 28 4. Die FDP Rhein-Main wendet sich gegen neue Siedlungsgroßprojekte mit
29 Trabantenstadtbebauung: Ghettobildungen müssen verhindert werden, eine
30 soziale Durchmischung ist im Interesse aller. Innenstadtnahe
31 Wohnhochhäuser werden vor allem mit Blick auf den Brexit grundsätzlich
32 befürwortet. Im Rahmen des Regionalparks sollen weitere
33 Grünanlagenringe und Frischluftspeichen entstehen. Die FDP Rhein-Main
34 befürwortet eine Internationale Bauausstellung (IBA) zum mit dem Ziel der
35 Weiterentwicklung von Frankfurt-Rhein-Main zur „Smart Region“ als Netz
36 mit vielfältigen Knotenpunkten zwischen allen Akteuren, um damit die

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 29

- 37 Chancen für die Region zu ergreifen, welche sich aus den weitreichenden
38 Veränderungen durch die Digitalisierung bei Wohnen, Mobilität, Arbeiten,
39 Bildung und Freizeit ergeben.
- 40 5. Die Kommunen im Ballungsraum werden aufgefordert, mehr Bauland
41 auszuweisen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie
42 auf die Schließung von Baulücken und Weltkriegswunden hinzuwirken.
43 Regionalverband, Regionalversammlung und kommunale Spitzenverbände
44 werden aufgefordert, eine Analyse zu erstellen, warum Kommunen
45 Wohnbauflächen, die im Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP)
46 bevorratet sind, nur unzureichend entwickeln (im Ballungsraum nur ca. 11
47 %), um wirkungsvollere Maßnahmen zur Bekämpfung der
48 Wohnraumknappheit zu erarbeiten.

Begründung:

Zu 1

Dass die Mieten in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main hoch sind, liegt in der Natur der Sache, da Lage und Verkehrsanbindung zu einem großen Teil über die Nachfrage und damit über die Mietpreise entscheiden. Die Mietpreissituation ist gleichwohl – selbst in Frankfurt – im Ganzen gesehen nicht so dramatisch, wie sie oftmals dargestellt wird:

Die durchschnittliche Nettokaltmiete in Frankfurt ist nach dem Mietspiegel 2010 bzw. 2016 rechnerisch von 7,78 Euro auf 8,81 Euro pro Quadratmeter und Monat gestiegen („Frankfurter Rundschau“ vom 15. September 2014 bzw. 20. Mai 2016). Das entspricht einer Steigerung um 13,2 % – von Ende 2009 bis Ende 2015, also über 6 Jahre. Die Mietpreissteigerung liegt damit in Frankfurt nur 2,1 Prozentpunkte höher als die Inflation, die im gleichen Zeitraum kumuliert 11,1 % betragen hat. – Die Entwicklung der Mietpreise in Frankfurt ist somit mit den horrenden Verhältnissen in anderen Metropolen, wie zum Beispiel in London, kaum zu vergleichen.

Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass der Zuzugsdruck auf Frankfurt auch in Zukunft steigen wird. Durch den Brexit könnte er darüber noch hinaus weiter zunehmen. Die FDP Rhein-Main ist der Ansicht, dass der Ballungsraum sich auf diese Entwicklung einstellen muss. Die Mietpreisbremse ist jedoch der falsche Weg.

Die Mietpreisbremse erscheint als bloße Augenwischerei: Ein wichtiges Indiz dafür ist, dass ein halbes Jahr nach ihrer Einführung noch keine Rechtsstreitigkeit bekanntgeworden ist: weder eine Klage auf Feststellung der vorherigen Miete noch eine Klage auf Rückzahlung überzahlter Miete. Dies deutet darauf hin, dass die Mietpreisbremse ins Leere läuft.

Zwar wird teilweise auch behauptet, dass die Mietpreisbremse die Anreize reduziere, in Wohnraum zu investieren, dieses Argument überzeugt jedoch nur bedingt, da Neubauten von der Mietpreisbremse ausdrücklich ausgenommen sind. Allerdings gibt die

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 30

Mietpreisbremse ein negatives Signal an Investoren: Das Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen schwindet, das Interesse an Langzeitinvestitionen im Mietwohnungsbau sinkt.

Das eigentliche Problem löst die Mietpreisbremse nicht: eine hohe Nachfrage, vor allem in Großstädten, denen ein zu geringes Angebot gegenübersteht.

Zu 2

Die FDP Rhein-Main sieht neben dem Mangel an Bauland eine Hauptursache für die geringe Bautätigkeit in der Abschaffung der degressiven Abschreibung. Das zeigt auch eine Analyse des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/PB_Investitionsanreize-im-Wohnungsbau_Kurzfassung.pdf). Nach der Abschaffung der degressiven Abschreibung für Wohngebäude im Jahr 2005 gab es nur noch die lineare Abschreibung von jährlich 2 % über 50 Jahre. Früher hingegen konnten mit der degressiven Abschreibung in den ersten 10 Jahren jedes Jahr 4 Prozent, danach für 8 Jahre jeweils 2,5 Prozent und anschließend über 32 Jahre jeweils 1,25 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten abgeschrieben werden (vgl. § 7 Abs. 5 Nr. 3 Buchst. c EStG).

Zudem müssen überzogene Baustandards gesenkt werden: Der Chef der städtischen Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft ABG hat festgestellt, dass aufgrund der Bau- und Erstellungskosten heutzutage mit freier Finanzierung eine Nettokaltmiete von mindestens 11,50 bis 12,00 Euro pro Quadratmeter verlangt werden müsste („Frankfurter Rundschau“ vom 29. Juli 2015).

Prominentes Beispiel für überzogene Standards ist die Frankfurter Stellplatzsatzung, die unter anderem mindestens einen Stellplatz pro Wohnung verlangt, was häufig mit einer teuren Ablösung einhergeht. Durch den Umstieg auf ÖPNV, Fahrrad, „Car-Sharing“ und künftig auch die Kurzzeitmiete fahrerloser Autos wird die Vorhaltung wohnungsbezogener PKW-Parkplätze in überschaubarer Zukunft zu einem großen Teil überflüssig. Andere Beispiele für überzogene Standards sind Renovierungsaufgaben, die mit erheblichen Kosten verbunden sind, wie der nachträgliche Einbau von Aufzügen. Hinzu kommt die regelmäßige Verschärfung der Energiebaustandards und eine zunehmende Zahl neuer Auflagen. Die strenge Energieeinsparverordnung schießt über das Ziel hinaus und muss auf den Prüfstand gestellt werden.

Schließlich müssen Baugenehmigungen erleichtert und beschleunigt werden.

Zu 3

Immer mehr Menschen wollen in Frankfurt wohnen und wünschen sich ein urbanes Wohnumfeld, das in Frankfurt nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Außerdem legen die Bodenpreise eine höhere Bodenausnutzung und damit dichtere Bebauung nahe, wie sie nicht zuletzt bei Kreativen und Familien gleichermaßen beliebt ist. Es ist daher wünschenswert, dass künftig vermehrt auch in den äußeren Frankfurter

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 31

Stadtteilen und den Vorstädten an geeigneten Standorten eine dichtere Bebauung und ein urbanes Wohnumfeld Einzug halten.

Im BauNVO-Referentenentwurf (<http://www.bmub.bund.de/N53236/>) vom 16. Juni 2016 soll die neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete (MU)“ (M für Mischgebiet) eingeführt werden (siehe Anhang auf Seite 5). Die Kommunen würden damit die Möglichkeit erhalten, stark verdichtete Gebiete zu planen, die ein städtisches Wohngefühl vermitteln; das Lärmschutzniveau soll gleichwohl grundsätzlich gehalten werden.

Die FDP Rhein-Main begrüßt und unterstützt dieses Vorhaben nachdrücklich.

Zu 4

Die FDP Rhein-Main wendet sich strikt gegen neue Siedlungsgroßprojekte mit Trabantenstadtbebauung wie in den 1960er Jahren: Derartige soziale und architektonische Monostrukturen haben sich nicht bewährt und dürfen nicht noch einmal entstehen; kleinteilige Bebauung und soziale Durchmischung sind für ein gedeihliches Miteinander und eine gelingende Integration unerlässlich.

Einem voraussichtlich steigenden Bedarf an exklusivem Wohnraum, nicht zuletzt durch den Brexit, kann ergänzend auch durch innenstadtnahe Wohnhochhäuser entgegengekommen werden.

Um das hohe Niveau an Lebensqualität zu halten, eine geschlossene Verstädterung zu verhindern und ein angenehmes Stadtklima zu bewahren, soll der Regionalpark um weitere Grünanlagenringe und Frischluftspeichen erweitert werden. Im Rahmen einer internationalen Bauausstellung (IBA) könnten neue Wege für urbanes Leben, lebenswerte verdichtete Bebauung, ansprechende Nachverdichtung und die energetische Sanierung wertvoller Altbauten gesucht werden.

Zu 5

Eine weitere wichtige Ursache für den Wohnraummangel im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main liegt darin, dass die Kommunen zuwenig Bauland ausweisen, obwohl ihnen im Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP) für die Jahre 2010–2020 ausreichend Flächen bereitgestellt werden. Von allen für den Zehnjahreszeitraum bis 2020 im RegFNP bereitgestellten Flächen wurden nach einer Analyse des Regionalverbandes bis zum Jahresende 2015 von den Kommunen nur ca. 11 % in Anspruch genommen (Regionalverband, „Rechnerische Potenziale für den Wohnungsbau im Gebiet des Regionalverbandes bis 2030“, April 2016).

Es muss daher analysiert werden, welche wirklichen Gründe die Kommunen davon abhalten, die bereitgestellten Flächen in ausreichendem Maße zu entwickeln. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die Kosten gelegt werden, die für die Kommunen mit einem Einwohnerzuwachs verbunden sind.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 32

Nach dem Baulückenkataster des Regionalverbandes bestehen im Ballungsraum Baulücken von bis zu 1.100 Hektar (Regionalverband, „Rechnerische Potenziale für den Wohnungsbau im Gebiet des Regionalverbandes bis 2030“, April 2016), die künftig zielstrebig geschlossen werden müssen. Zudem gibt es im Frankfurter Stadtgebiet noch zahlreiche Wohngebäude, bei denen Weltkriegsschäden nur improvisiert und unter Verlust von Wohnraum repariert wurden: Hier kann die Stadt Frankfurt durch Ansprache der Eigentümer auch zugleich auf eine Verbesserung bzw. Wiederherstellung des Stadtbildes hinwirken.

Anhang

§ 6a BauNVO lt. Referentenentwurf vom 16. Juni 2016

§ 6a Urbane Gebiete. (1) Urbane Gebiete dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben sowie sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen in kleinräumiger Nutzungsmischung, soweit diese Betriebe und Einrichtungen die Wohnnutzung nicht wesentlich stören.

(2) Zulässig sind

1. Gebäude, die zu einem erheblichen Anteil, aber nicht ausschließlich dem Wohnen dienen,
2. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
3. sonstige Gewerbebetriebe,
4. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
5. Vergnügungsstätten, soweit sie nicht wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind.

(3) Ausnahmsweise können Gebäude zugelassen werden, die ausschließlich dem Wohnen dienen.

(4) Im Erdgeschoss sind Wohnungen straßenseitig nur ausnahmsweise zulässig.

(5) Für urbane Gebiete oder Teile solcher Gebiete kann festgesetzt werden, dass in Gebäuden

1. oberhalb eines im Bebauungsplan bestimmten Geschosses nur Wohnungen zulässig sind oder
2. ein im Bebauungsplan bestimmter Anteil der zulässigen Geschossfläche oder eine im Bebauungsplan bestimmte Größe der Geschossfläche für Wohnungen zu verwenden ist.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 33

Antrag 006

Betr.: Altersrente auch ohne Rentenantrag

Antragsteller: Bezirksverband Rhein-Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Zukunft die Altersrente durch einen
 - 2 Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung automatisch dem
 - 3 Altersrentner vor Rentenbeginn angezeigt wird und bei Rentenbeginn die Rente
 - 4 automatisch ausgezahlt wird. Der Altersrentner muss nach Erhalt des
 - 5 Rentenbescheides nur seine Bankverbindung und die Krankenversicherung
 - 6 nachweisen und die Höhe des Zuschusses zur Krankenversicherung auf den
 - 7 beihilfekonformen Höchstbetrag begrenzen, wo dies notwendig ist.
-
- 8 Der Rentenbescheid kann natürlich durch Einlegung eines Rechtsmittels
 - 9 angefochten werden.

Begründung:

Seit vielen Jahren übermittelt die Deutsche Rentenversicherung jährlich Ihren Mitgliedern automatisch die voraussichtliche Altersrente. Gleichwohl muss jedes Mitglied vor Bezug der Altersrente einen Rentenantrag stellen. Dieser Rentenantrag ist für Menschen die nicht mit der Behördensprache vertraut sind schwierig zu bearbeiten. Um auch die Behörde durch fehlerhafte Anträge zu entlasten, ist es im Zeitalter des elektronischen Datenaustausches angezeigt, von einem Rentenantrag durch den Rentner Abstand zu nehmen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 34

Antrag 007

Betr.: **Rechtsstaat schützen – Sicherheit gewährleisten – Recht durchsetzen!**

Antragsteller: **Wolfgang Greilich, Johannes Baron, Nicola Beer, Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, Dr. Rudolf Kriszeleit, Jürgen Lenders, Dr. Thorsten Lieb, Alexander Müller, Moritz Promny, Florian Rentsch, René Rock, Ulrike Schmidt, Bettina Stark-Watzinger**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Gewissheit des Rechts**

2 Die Bedrohungen unserer Freiheit sind akut und werden uns auf unabsehbare
3 Zeit begleiten. Sie kommen von gewalttätigen Terroristen, islamistischen und
4 linken wie rechten politischen Extremisten und organisierter Kriminalität. Sie
5 stellen die Geltung unserer Werteordnung für alle Menschen im Land in Frage.
6 Die Vorfälle des Jahres 2016 mit dem schrecklichen Höhepunkt in Gestalt des
7 Anschlages auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz haben das
8 Thema Innere Sicherheit wieder ganz vorne auf die politische Tagesordnung
9 gebracht. Dies ist aus vielerlei Gründen richtig: Die berechtigten Sorgen der
10 Bevölkerung in Zeiten zunehmender Torgorgefahr und offenbar gewordener
11 Lücken in unserem Sicherheitssystem, aber auch die eklatanten Mängel bei der
12 Durchsetzung bestehenden Rechts, müssen nicht nur ernstgenommen werden,
13 sondern auch zu spürbaren Konsequenzen führen. Die Menschen müssen sich
14 darauf verlassen können, dass Gesetz und Recht nicht nur auf dem Papier
15 gelten, sondern auch in jedem Winkel unseres Landes durchgesetzt werden. Für
16 das wirksame Funktionieren unserer freien Gesellschaft bedarf es dieser
17 Gewissheit des Rechts.

18 **Keine Symbolpolitik, sondern Durchsetzung der Gesetze, Stärkung von**
19 **Polizei, Justiz sowie von Ordnungsbehörden und sorgfältige Prüfung der**
20 **Rechtsslage**

21 Deshalb bleibt es Position der Freien Demokraten, dass zunächst einmal
22 bestehende Gesetze konsequent angewendet und auch durchgesetzt werden
23 müssen. Falsches Zurückweichen vor den im Einzelfall hiermit verbundenen
24 Härten macht unseren Rechtsstaat unglaubwürdig und gefährdet deshalb das
25 Vertrauen der Bürger in seine Stärke, die wir wollen und die für die
26 Gewährleistung individueller Freiheitsrechte vonnöten ist. An Konsequenz und
27 Durchsetzungsstärke führt kein Weg vorbei, wollen wir der Herrschaft des
28 Rechts in unserem Land weiterhin Geltung verschaffen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 35

29 Das bestehende Instrumentarium von Strafverfolgung, Vereinsverboten, Aus- und
30 Wiedereinreisebeschränkungen sowie gezielter Überwachung von identifizierten
31 Gefährdern auch mittels Meldeauflagen und Näherungsverboten muss
32 konsequent genutzt werden.

33 Die Polizeikräfte in Deutschland und auch in Hessen müssen verstärkt werden.
34 Die Notwendigkeit der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben und ohnehin
35 bestehende Überstundenberge dürfen nicht dazu führen, dass unsere Polizei
36 nicht mehr alle ihre Aufgaben umfassend und sachgerecht wahrnehmen kann.
37 Deshalb brauchen wir deutschlandweit mindestens 15.000 zusätzliche
38 Polizeibeamte, davon in Hessen 1.500, um der verschärften Bedrohungslage
39 Herr zu werden.

40 Den Kommunen muss es ermöglicht werden, die Ordnungsbehörden in ihrer
41 Zuständigkeit gleichfalls mit ausreichendem und qualifiziertem Personal
42 auszustatten.

43 Darüber hinaus darf es keiner reflexhaften Abwehr aller Vorschläge zu
44 Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen geben. Pragmatische, effiziente,
45 rechtsstaatliche Maßnahmen für die Innere Sicherheit sind immer sinnvoll.
46 Deshalb muss jeder einzelne Vorschlag sorgsam darauf abgeklopft werden, ob
47 und in welchem Umfang er zu welchem Preis eine Verbesserung zum Schutz
48 vor terroristischer und sonstiger Gewalt bietet. Die islamistischen Attacken sind
49 ein fundamentaler Angriff auf unsere offene Gesellschaft, vor dem sich kein
50 Akteur auf der politischen Bühne wegducken darf. Diese Angriffe gefährden
51 unsere Freiheiten und damit die Grundlagen des Rechtsstaates jedenfalls weit
52 mehr als etwa eine zusätzliche Videokamera auf einem öffentlichen Platz. Zu
53 Recht erwarten Bürgerinnen und Bürger Kompetenz und konstruktive
54 Auseinandersetzung von denen, die die Verantwortung für ihre Sicherheit tragen.

55 Bei all den Mängeln und dem Fahndungsversagen, die der Fall Amri zutage
56 fördert, führt überdies eine Spur stets auch zu den Grünen: Bundesländer, in
57 denen sie mitregieren, blockieren den Datenaustausch unter den Polizeibehörden
58 und erschweren Abschiebungen - Rot-Rot-Grün im maroden Berlin hat diese
59 jetzt sogar regelrecht ausgeschlossen. Und auch die Erweiterung der sicheren
60 Herkunftsstaaten um die Maghreb-Staaten scheitert seit Monaten an der
61 Blockade der Grünen im Bundesrat.

62 Die richtige Antwort auf die bestehenden Probleme ist deshalb in erster Linie ein
63 Politikwechsel auf allen Ebenen unseres Bundesstaates und die Verbesserung
64 des Datenaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden der Länder und des
65 Bundes, natürlich unter Einhaltung des Verfassungsrechts.

66 **Anpassen der Sicherheitsarchitektur - Einrichtung einer**
67 **Expertenkommission**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 36

68 Unsere Sicherheitsarchitektur muss an die neuen Herausforderungen angepasst
69 werden. Die Zusammenarbeit in den Bundesländern, der Länder untereinander
70 und der Länder mit dem Bund in Angelegenheiten der Inneren Sicherheit muss
71 gestärkt werden. Eine deutlich bessere Koordinierung in Deutschland und im
72 Übrigen auch in Europa ist unbedingt nötig – aber nicht zu Lasten der
73 Bürgerrechte und der Bürgernähe. Deshalb darf auch eine Diskussion über die
74 Kompetenzverteilung von Bund und Ländern nicht künstlich tabuisiert werden.
75 Allerdings gilt hier das Gebot sachlicher Abwägung vor dem Hintergrund unserer
76 austarierten Verfassungsordnung in ganz besonderem Maße und darf nicht
77 billiger Effekthascherei geopfert werden.

78 Die von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere vorgeschlagenen Regelungen
79 sind vielfach solche, die klar dem Grundgesetz widersprechen. Deshalb sollte der
80 Bundesinnenminister besser zuerst im Bund seine Hausaufgaben machen und
81 die Sicherheitsarchitektur auf Bundesebene angehen, statt mit dem Finger auf
82 andere zu zeigen. Auf Bundesebene existieren unnötige Doppelzuständigkeiten
83 und Behördenwirrarr, womit die Terrorbekämpfung nicht unterstützt, sondern
84 klar erschwert wird. Die Neuordnung von beispielsweise Bundespolizei, BKA
85 (Bundeskriminalamt), BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik),
86 MAD (Militärischer Abschirmdienst), Bundesamt für Verfassungsschutz und
87 Zoll/Zollkriminalamt ist alleine Sache des Bundes. Hier lässt der
88 Bundesinnenminister bis heute jede Aktivität und damit jede Verbesserung
89 vermissen.

90 Wir brauchen einen wehrhaften und gut aufgestellten Bundesstaat. Deshalb
91 fordern wir die Einsetzung einer Kommission noch im Jahr 2017 aus
92 unabhängigen Experten durch den Bund und die Länder, die konkrete
93 Vorschläge zur Neuordnung der deutschen Sicherheitsarchitektur, einschließlich
94 der Neujustierung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, spätestens
95 2018 unterbreiten soll. Vorbild kann die hervorragende Arbeit der hessischen
96 Expertenkommission zur Reform des Verfassungsschutzes unter Vorsitz von
97 Professor Jentsch sein. Die Ergebnisse der Werthebach-Kommission 2010 sowie
98 der Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus 2013
99 sollten als Arbeitsgrundlagen ebenfalls herangezogen werden.

100 **Sicherheitspolitik ist Gesellschaftspolitik**

101 Aufklärung und Bildung nach den Regeln unseres säkularen Staates sind
102 grundsätzlich die beste Prävention, um Menschen vor religiösen und politischen
103 Extremen zu bewahren. Deshalb stellen wir fest, dass Sicherheitspolitik immer
104 auch Gesellschaftspolitik ist. Wer wirklich nachhaltige Sicherheit will, setzt nicht
105 nur auf die Sicherheitsbehörden, sondern auf die Bürgergesellschaft als Ganzes.
106 Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist unverhandelbar und unteilbar.
107 Integration, Teilhabe, Wertschätzung, mithin Kriminalprävention, wirken auf Dauer
108 und sind für das friedliche Zusammenleben langfristig entscheidend. Hier sind
109 die funktionierenden Sicherheitsbehörden ein wichtiger und bedeutender Teil,
110 aber eben nicht alles.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 37

111 **Forderungen der Freien Demokraten**

112 Ausgehend von diesen grundsätzlichen Erwägungen positionieren sich die Freien
113 Demokraten wie folgt:

114 • **Bundespolizei/BKA**

115 Kriminalitätsbekämpfung findet als Teil der Bürgergesellschaft vor Ort statt.
116 Deshalb bleibt sie grundsätzlich Ländersache. Die Länder sind aufgefordert,
117 gemeinsam mit dem Bund einheitliche Standards zu entwickeln, die
118 funktionieren. Hier kann das BKA eine wichtige Rolle spielen. Ggf. können seine
119 Zuständigkeiten in klar definierten Bereichen erweitert werden, etwa bei
120 Straftaten mit internationalem Bezug. Grundsätzlich neu ist dies nicht, denn
121 schon heute entscheidet der Generalbundesanwalt bei einem
122 Terrorismusverdacht, wen er mit den Ermittlungen beauftragt. Insbesondere hat
123 er die Wahl, ob er das BKA oder ein Landeskriminalamt einsetzt.

124 Den Vorschlägen des Bundesinnenministers zu folgen hieße dagegen, die
125 Kriminalitätsbekämpfung beim Bund anzusiedeln. Das wäre eine Umkehr des
126 bisherigen Systems der föderalen „Checks and Balances“, das bei Versagen
127 einer Instanz nicht sogleich zum Totalausfall der Sicherheitsarchitektur führt.

128 Notwendig ist es demgegenüber, die technischen Möglichkeiten und
129 Rahmenbedingungen zu bundesweiten polizeilichen Fahndungen zu erweitern.

130 • **Verfassungsschutz**

131 Zwingend erforderlich sind eine deutlich bessere Koordinierung und einheitliche
132 (u.a. Ausbildungs-) Standards beim Bundesamt für Verfassungsschutz und den
133 Landesämtern. Insbesondere der V-Leute-Einsatz und dessen Ausgestaltung
134 sowie die Regelungen zum Austausch von wichtigen Informationen dürfen sich
135 zwischen Bundesländern nicht unterscheiden. Verfassungsfeindliche
136 Bestrebungen machen vor Ländergrenzen nicht halt.

137 Die Forderung nach Abschaffung der Landesämter ist dagegen
138 verfassungswidrig und würde wiederum das System der föderalen „Checks
139 and Balances“ auf den Kopf stellen. Denn grundsätzlich gehört der
140 Verfassungsschutz in die Hände der Länder, da sie näher an den Geschehnissen
141 vor Ort sind. Die Landesämter zusammenzulegen ist außerdem problematisch in
142 mehrfacher Hinsicht, u.a. wegen der damit verbundenen deutlichen Erschwerung
143 der parlamentarischen Kontrolle. Im Gegenteil: Ein starker Verfassungsschutz
144 erfordert eine wirksame parlamentarische Kontrolle durch erweiterte
145 Informationsmöglichkeiten der parlamentarischen Kontrollgremien.

146 Neben der verstärkten Koordination und Zusammenarbeit ist vorrangig die
147 Möglichkeit der Arbeitsteilung insbesondere wegen geringerer Leistungsfähigkeit
148 der kleineren Landesämter zu untersuchen. So könnte etwa Hamburg
149 Spezialaufgaben übernehmen und würde dafür in anderen Punkten durch z.B.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 38

150 Niedersachsen und Schleswig-Holstein entlastet. Entsprechend könnten Hessen,
151 Rheinland-Pfalz und das Saarland, ggf. auch Thüringen, zusammenarbeiten.

152 Zu überlegen ist die Möglichkeit einer Rahmengesetzgebungskompetenz für den
153 Bund. Denn offenkundig werden nicht alle Länder ihrer Verantwortung gerecht,
154 wie beispielsweise Thüringen mit seiner rot-rot-grünen Politik. Es kann nicht sein,
155 dass ausgerechnet Thüringen, wo schon wesentliche Ursachen für die massiven
156 Fehler bei der Aufdeckung der NSU-Morde liegen, jetzt in völliger Fehlreaktion
157 auf diese Tatsache den V-Leute-Einsatz komplett abschafft und damit zum
158 „blinden Fleck“ gegenüber jedweder Art des Terrorismus wird.

159 In Hessen wiederum ist es ein Unding, dass es Jahre nach den NSU-Morden
160 und den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages
161 und den klaren Wegweisungen durch die parteiunabhängige
162 Expertenkommission, die diese Landesregierung selbst eingesetzt hat, immer
163 noch kein neues Verfassungsschutzgesetz gibt. Stattdessen hat sich die
164 Landesregierung mit einem Schnellschuss bis auf die Knochen blamiert und die
165 schwarz-grüne Koalition ist bis heute einen neuen Entwurf schuldig geblieben.
166 Grund für die endlosen Verzögerungen sind die grundlegenden
167 Meinungsverschiedenheiten der CDU mit dem grünen Koalitionspartner. Die
168 Blockade des Gesetzgebungsprozesses in Hessen muss beendet werden, am
169 besten durch eine von den Freien Demokraten immer wieder angebotene
170 gemeinsame, überparteiliche Initiative.

171 • **Abwicklung der Asylverfahren**

172 Grundsätzlich, also als Regelfall, sollten alle Asylverfahren zukünftig von den
173 Auslandsvertretungen aus durchgeführt werden. Ein dahingehender Antrag soll
174 nicht nur im Verfolgerstaat, sondern über jede deutsche Auslandsvertretung
175 gestellt werden können, sodass auch tatsächlich vor Repressionen in ihrem
176 Heimatland auf der Flucht befindliche Antragssteller nicht zusätzlich an der
177 Antragsstellung gehindert sind.

178 Alle offensichtlich unbegründeten Fälle können dann schon vor Ort erledigt
179 werden mit dem Ergebnis, dass rechtsstaatlich einwandfrei eine Zurückweisung
180 an den Grenzen oder auch eine zügige Rückführung aus Seenot geretteter
181 Flüchtlinge bzw. Migranten möglich wird.

182 Die für dieses Vorgehen erforderlichen Spezialkenntnisse sind in den
183 Auslandsvertretungen vorhanden, etwa für verschiedene Sprachen oder
184 Dialekte. Jedoch muss das Personal in den betroffenen Auslandsvertretungen
185 massiv verstärkt werden, sodass ggf. auch räumlich von den Botschaften und
186 Konsulaten getrennte Außenstellen eingerichtet werden müssen. Das Bundesamt
187 für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das unter Verantwortung des
188 Bundesinnenministers immer weiter personell ausgebaut wird, aber trotzdem
189 seine Aufgaben bis heute nicht ausreichend erfüllt, benötigt dann im
190 Umkehrschluss deutlich weniger Personal.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 39

191 In klar definierten Ausnahme- oder Härtefällen bleibt die Einreise nach
192 Deutschland auch zulässig, wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.
193 Dies muss von der Wahrscheinlichkeit der Anerkennung abhängig gemacht
194 werden.

195 Mit dieser Neuordnung des Antragsverfahrens kann auch das unsägliche
196 Schleppertum bekämpft werden, da man nicht erst nach Deutschland einreisen
197 muss, um einen Antrag stellen zu können. Gleichzeitig können die mit
198 unkontrollierten Einreisen verbundenen Schwierigkeiten bei der späteren
199 Abschiebung deutlich reduziert werden.

200 Außerdem bietet die Neuordnung auch die Möglichkeit, die durch die
201 Aufstockung der Polizeikräfte notwendigen erforderlichen Mehrausgaben
202 zumindest teilweise durch geringeren Personalansatz an anderer Stelle (etwa
203 beim BAMF) abzumildern bzw. zu kompensieren.

204 • **Kein Asyl ohne Identitätsfeststellung**

205 Voraussetzung für die Asylantragstellung ist grundsätzlich die Vorlage echter
206 Personalpapiere oder die nachhaltige Glaubhaftmachung, dass solche
207 unverschuldet nicht vorgelegt werden können. Wer sich nicht ausweisen kann,
208 etwa weil Passpapiere vorsätzlich weggeworfen wurden, um die Chancen auf
209 Anerkennung zu verbessern oder eine Abschiebung zu erschweren, ist in
210 unserer Gesellschaft nicht erwünscht. Auch Verstöße gegen die
211 Mitwirkungspflicht bei der Beschaffung von Passersatzpapieren, die derzeit
212 praktisch kaum Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen, müssen deutlich
213 konsequenter sanktioniert werden (z. B. durch Leistungskürzung bei den
214 Sozialämtern).

215 Einreisende Asylbewerber ohne gültige Legitimationspapiere haben solange in
216 einem der Einreisezentren zu bleiben und erhalten nur Sachleistungen, bis ihre
217 Identität geklärt ist.

218 Der Fall des Anis Amri, der den Sicherheitsbehörden unter 14 verschiedenen
219 Identitäten bekannt gewesen ist, zeigt überdies, dass eine umfassende und nicht
220 verfälschbare Nachregistrierung der bereits im Land befindlichen Asylbewerber,
221 Asylberechtigten, Geduldeten und Flüchtlinge vonnöten ist, durch die eine
222 eindeutige Identifizierung gewährleistet wird. Es ist nicht vermittelbar, dass
223 diejenigen, die Schutz in unserer Gesellschaft suchen, nicht nur ihre wahre
224 Identität und Herkunft verschleiern, sondern gegebenenfalls durch ein völlig
225 unzureichendes System mehrfach Sozialleistungen beziehen können. Besonders
226 katastrophal ist dies, wenn die so zu Unrecht erlangten finanziellen Mittel dann
227 zur Terrorfinanzierung eingesetzt werden können.

228 • **Sichere Herkunftsstaaten**

229 Die lange überfällige Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten um die
230 Maghreb-Länder (Tunesien, Algerien und Marokko) duldet keinen Aufschub

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 40

231 mehr. Nicht nur mit Blick auf die Silvesternächte 2015/2016 und 2016/2017 und
232 auf die jüngst veröffentlichten Zahlen zur Klein- und Drogenkriminalität ist
233 festzustellen, dass „die kriminelle Energie, die von Gruppierungen junger Männer
234 aus diesen Staaten ausgeht, bedenklich ist und mit aller Konsequenz bekämpft
235 werden muss“ (Zitat Ministerpräsident Winfried Kretschmann). Spätestens jetzt
236 darf sich der hessische Ministerpräsident Bouffier nicht mehr hinter den Grünen
237 verstecken. Hessen muss im Bundesrat jetzt endlich dieser Ausweitung der
238 sicheren Herkunftsstaaten zustimmen.

239 Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sollen nicht länger den Kommunen
240 zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zugewiesen werden. Vielmehr
241 sollen sie in Landeseinrichtungen verbleiben.

242 • **Abschiebung und freiwillige Ausreise**

243 Der Regelfall muss wieder werden, dass diejenigen, die keinen Asylanspruch
244 haben, zügig wieder ausreisen müssen und nicht jahrelang das
245 Bearbeitungschaos nutzen können.

246 Eine bestehende Ausreisepflicht muss auch durchgesetzt werden. Zwar leisten
247 auch freiwillige Rückreisen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, jedoch
248 reichen diese nicht aus, wie die Praxis zeigt. Es muss wieder zur Regel werden,
249 dass ausreisepflichtige Personen auch ausreisen müssen, nötigenfalls unter
250 Anwendung staatlichen Zwangs. Hierbei ist insbesondere nicht mehr zu
251 akzeptieren, dass in einigen Bundesländern massenhaft Duldungen aus
252 vorgeschobenen Gründen ausgesprochen werden, um ein korrektes
253 Asylverfahren und eine rechtsstaatlich zwingende Entscheidung faktisch zu
254 unterlaufen, was angesichts von ca. 170.000 geduldeten bei ca. 220.000
255 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen offensichtlich ist.

256 Dabei muss Abschiebung grundsätzlich Ländersache bleiben. Jedoch darf es
257 nicht sein, dass Rückführungen immer wieder daran scheitern, dass diese nicht
258 konsequent betrieben werden. Die Tatsache, dass manche Länder -
259 insbesondere mit grüner Regierungsbeteiligung wie Berlin, Bremen und
260 Thüringen - hier nicht nur Mängel, sondern Totalversagen zeigen, darf der
261 deutsche Rechtsstaat nicht hinnehmen. Deshalb sollten diesen Ländern die
262 Bundeszuschüsse zur Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung soweit gekürzt
263 werden, wie diese Länder sich aktiv oder durch bloßes Nichtstun weigern,
264 mögliche Abschiebungen auch tatsächlich zu vollziehen.

265 Für den Fall, dass diese Länder trotzdem ihre Praxis ungerechtfertigter
266 Duldungen fortsetzen, ist zu prüfen, wie ohne Gefährdung des föderalen
267 Gleichgewichtes eine Art „Auffangkompetenz“ des Bundes geschaffen werden
268 kann, die die Anwendung und Durchsetzung bundeseinheitlicher Maßstäbe
269 gewährleistet.

270 • **Abschiebezentren - Abschiebehaft**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 41

271 Zur effektiveren Erledigung der Aufgabe der Abschiebung ist es zunächst
272 angezeigt, Kräfte in zentralen Ausländerbehörden der Länder für die
273 Aufenthaltsbeendigung zu bündeln.

274 Dem Vorschlag, Ausreisezentren in Verantwortung der Länder ggf. auch
275 länderübergreifend zu schaffen, stehen Freie Demokraten positiv gegenüber. Hier
276 könnten ausreisepflichtige Personen räumlichen zusammengeführt werden, z.B.
277 in der Nähe von Flughäfen.

278 Jedenfalls ist spätestens mit Bestandskraft der Ausweisungsverfügung eine
279 Wohnsitzauflage auszusprechen.

280 Außerdem brauchen wir dringend die Möglichkeit, bei bekannten Gefährdern
281 auch Abschiebehaft notfalls länger andauern zu lassen, wenn der Vollzug der
282 Abschiebung - etwa wegen fehlender Papiere - nicht möglich ist.
283 Verfassungsrechtlich ist dies nach der bestehenden Rechtslage und dem reinen
284 Zweck zur Förderung der Abschiebung schwierig. Denkbar sind jedoch
285 polizeirechtliche Regelungen zur Gefahrenabwehr, die auch vor dem
286 Bundesverfassungsgericht Bestand haben dürften, so wie dies heute schon etwa
287 beim Unterbindungsgewahrsam und dessen Verlängerung durch richterlichen
288 Beschluss der Fall ist.

289 • **Einwanderungsgesetz**

290 Wir benötigen endlich ein Einwanderungsgesetz zur Regelung erwünschter
291 Zuwanderung. Viele Menschen gerade aus den nordafrikanischen
292 Maghreb-Staaten (Algerien, Tunesien, Marokko) nutzen derzeit ohne Aussicht auf
293 ein Bleiberecht das Asylrecht als derzeit einzige Möglichkeit nach Deutschland zu
294 kommen. Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir klare Kriterien für die
295 Voraussetzungen zur Einwanderung schaffen – und klarstellen, wer mangels
296 Asyl- oder Fluchtgründen auf der einen und mangelnden Bedarfs an der
297 Arbeitskraft auf der anderen Seite keine Chance hat, in unser Land zu kommen
298 und dauerhaft hierzubleiben.

299 • **Integration für Flüchtlinge mit Bleiberecht**

300 Für die Flüchtlinge mit Bleiberecht setzen sich die Freien Demokraten dafür ein,
301 mit allen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten unserer
302 Gesellschaft die Integrationsaufgabe zu einer echten Erfolgsgeschichte zu
303 machen. Hierzu bedarf es nicht nur einer umfassenden und für die Flüchtlinge
304 obligatorischen Sprachförderung, sondern vor allem einer Neuordnung der
305 Regeln zur Arbeitsaufnahme. Die Kommunalen Jobcenter sowie die
306 gemeinsamen Einrichtungen sind personell und fachlich zu verstärken.
307 Programme für die Integration dieser besonderen Zielgruppe sind aufzulegen.
308 Diese müssen sich auf die Verbesserung der Bildungs- sowie Berufsqualifikation
309 richten. Es ist zu prüfen, ob einschlägige Vorschriften – insbesondere im SGB II
310 – angepasst werden müssen. Hemmnisse wie Bürokratieaufwand für die

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 42

311 Anerkennung von Abschlüssen oder das Beharren auf die Einhaltung des
312 Mindestlohns sind unverzüglich (weiter) abzubauen.

313 Um eine Konzentration von Flüchtlingsströmen auf Ballungsräume und
314 Großstädte zu vermeiden, was dem Erfordernis einer Integration alles andere als
315 zuträglich ist, sollte auch in Hessen von der durch die Änderung des
316 Integrationsgesetzes im Jahre 2016 bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht
317 werden, trotz der geltenden **Freizügigkeit** in Deutschland für anerkannte
318 Asylberechtigte unter bestimmten Umständen eine unbürokratisch
319 durchzuführende **Wohnsitzauflage auszusprechen**.

320 **Die Kommunen müssen bei der Betreuung der Flüchtlinge finanziell**
321 **unterstützt werden. Insbesondere in den Ballungsräumen muss die**
322 **Schaffung von günstigem Wohnraum nicht nur für die Zielgruppe der**
323 **Flüchtlinge deutlich erleichtert werden.**

324 • **Gefährderüberwachung – Einsatz von Fußfesseln**

325 Zur Überwachung von identifizierten Gefährdern soll die gesetzliche Grundlage
326 geschaffen werden, den Einsatz der elektronischen Fußfessel nicht nur im
327 Bereich der Strafverfolgung, sondern auch im Gefahrenabwehrbereich durch
328 richterliche Anordnung zuzulassen. Die dauerhafte Überwachung eines einzigen
329 Gefährders bindet Personal in einem Umfang von bis zu 40 Beamten. Dies ist
330 bei einer Zahl von derzeit mehreren hundert identifizierten Gefährdern in
331 Deutschland nicht leistbar. Hier ist die elektronische Fußfessel auch kein
332 Allheilmittel, kann aber als ergänzendes sicherheitspolitisches Instrument einen
333 erheblichen Sicherheitsbeitrag leisten. Im Übrigen stellt der Einsatz der
334 elektronischen Fußfessel gegenüber der Überwachung durch Beamte „auf Schritt
335 und Tritt“ einen geringeren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar.

336 • **Datenaustausch und Koordinierung der Ordnungs- und** 337 **Sicherheitsbehörden**

338 Wir brauchen eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der Länder,
339 zwischen den Ländern, dem Bund und auf europäischer Ebene zum
340 Datenaustausch im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der
341 Gefahrenabwehr und der Terrorbekämpfung. Hierzu gehören einheitliche,
342 rechtsstaatliche Datenmanagementsysteme mit Regelungen etwa zur
343 Weitergabe, Aufbewahrung und Löschung von Daten. Wenn Daten in rechtlich
344 zulässiger Art und Weise erhoben worden sind, dann sollten alle Behörden, die
345 gleiche Ziele verfolgen, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf dieses Datum
346 zugreifen können und vor allem nicht durch nicht-kompatible Systeme hieran
347 gehindert werden. Vor dem Hintergrund des Versagens des GTAZ
348 (Gemeinsames Terrorabwehrzentrum) im Fall Amri ist auch diese Form der
349 Koordinierung der Terrorbekämpfung im Rahmen der Arbeit der
350 Expertenkommission noch einmal einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 43

351 • Telekommunikationsüberwachung

352 Die Freien Demokraten stehen einer Vereinheitlichung der Bestimmungen zu den
353 Voraussetzungen und der Durchführung von Überwachungsmaßnahmen
354 grundsätzlich positiv gegenüber. Die derzeitige rechtliche Trennung und
355 Unterscheidung von „Telekommunikationsdiensten“ und „Telemedien“ hinsichtlich
356 der Kommunikationsüberwachung (eMail, Skype, WhatsApp, Festnetztelefonie
357 etc.) ist antiquiert und niemandem mehr verständlich zu machen. Sie erschwert
358 außerdem die Rechtsanwendung und behindert damit die Behörden über das
359 notwendige Maß hinaus bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Schutze der
360 Bevölkerung und unseres Rechtsstaates. Für Freie Demokraten alleine
361 entscheidend ist die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards.

362 • Videoüberwachung

363 Jeder Londoner wird, statistisch gesehen, rund 300 Mal am Tag von einer
364 Überwachungskamera erfasst. Dieses Szenario der mehr oder weniger
365 lückenlosen Erfassung jedes Menschen durch staatliche Maßnahmen ist für
366 Freie Demokraten nicht akzeptabel, zumal es nicht in einem vertretbaren
367 Verhältnis zu dem tatsächlich erreichten Sicherheitsgewinn steht.

368 Die Ausweitung der Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, schon gar nicht ist
369 sie ein geeignetes Mittel zur Terrorabwehr. Durch Videokameras wäre z.B. auch
370 der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin nicht verhindert worden.
371 Jedoch steht ebenso fest, dass in der Nachbereitung eines Anschlags und zur
372 Verfolgung flüchtiger Täter Videoaufzeichnungen hilfreich sind. Deshalb
373 bezeichnet auch der hessische Datenschutzbeauftragte die Kameraüberwachung
374 durch die Polizei an geeigneten Stellen als sehr sinnvoll, da sie auch eine
375 präventive Wirkung hat und außerdem bei der Bekämpfung von
376 Kriminalitätsschwerpunkten etwa in der Drogenszene hilft.

377 Diese Einschätzung bestätigen auch die Erfahrungen mit der Videoüberwachung
378 in Berliner Nahverkehrszügen. 2015 führte in einem Drittel der aufgeklärten Fälle
379 eine Videoaufzeichnung zum Täter. So haben auch jüngst scharfe
380 Kamera-bilder dafür gesorgt, dass Halb-wüch-si-ge nach ih-rem
381 Brand-an-schlag auf ei-nen Ob-dach-lo-sen ding-fest ge-macht wer-den konnten
382 und auch der als „U-Bahn-Treter“ in die Schlagzeilen geratene Tatverdächtige
383 später gefasst werden konnte. Die pauschale Aussage, mehr Ka-me-ras führ-ten
384 in der Re-gel nicht zu mehr Si-cher-heit, ist deswegen zumindest zweifelhaft,
385 weil ein hinter Schloss und Riegel befindlicher Täter zumindest keine weiteren
386 Straftaten begehen kann.

387 Freie Demokraten plädieren deshalb dafür, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob von
388 der Installation weiterer Videoüberwachungstechnik ein signifikanter
389 Sicherheitsgewinn oder eine deutlich verbesserte Möglichkeit der Verfolgung von
390 drohenden Straftaten zu erwarten ist. Jedenfalls ist Voraussetzung für den
391 Einsatz von Aufzeichnungsgeräten, dass sich Aufzeichnungen nach einem

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 44

392 kurzen Zeitraum der Speicherung (z.B. 48 Stunden) automatisch überschreiben,
393 sodass sie nicht mehr rekonstruierbar sind, wenn bis dahin kein
394 nachvollziehbarer Grund für eine dauerhafte Sicherung gegeben ist, etwa wegen
395 der Verwendung in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder zu
396 Fahndungszwecken. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, veraltete
397 Videotechnik, die auf Grund der schlechten Qualität keine verwertbaren Bilder
398 von Straftätern liefert, zu ersetzen.

399 • **Cyberangriffe**

400 Für die Sicherheit im Internet unterstützen die Freien Demokraten eine
401 Weiterentwicklung des nationalen Cyber-Abwehrzentrums in der Weise, dass es
402 bei komplexen Schadenslagen die Federführung an sich ziehen kann, um etwa
403 schnelle Eingreiftruppen anderer Sicherheitsbehörden zu koordinieren. Wir
404 müssen mit unseren Infrastrukturen und Kriseninstrumenten auf die Höhe des
405 digitalen Zeitalters kommen.

406 Aber auch hier ist dem Bundesinnenminister vorzuhalten, dass er zunächst
407 einmal seine Aufgaben im eigenen Haus erledigen sollte, bevor er nach mehr
408 Verantwortung ruft. Die Koordinierung seiner eigenen Behörden (Bundespolizei,
409 BKA, BSI etc.) lässt bis heute sehr zu wünschen übrig.

410 Insgesamt bedarf es einer Stärkung der IT-Kompetenz bei der Polizei, der
411 Staatsanwaltschaft und in den Gerichten, insbesondere auch, um den Kampf
412 gegen Cyber-Crime intensivieren zu können. Beispielgebend ist hier die auf
413 Initiative der FDP geschaffene Zentralstelle zur Bekämpfung der
414 Internetkriminalität in Hessen.

415 Zur Forderung des Bundesinnenministers, auch offensive Cyber-Gegenangriffe
416 müssten ermöglicht werden, stellen die Freien Demokraten fest, dass sich hier
417 der Verfassungsminister wieder einmal gegen die Verfassung stellt. Dies ist im
418 Grundgesetz zu Recht verboten: Verteidigung ja, Angriff nein.

419 • **Ausstattung von Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz**

420 Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz sind vernünftig auszustatten. Denn
421 Gesetze und Recht allein nützen nichts, solange niemand da ist, um sie
422 durchzusetzen. So wird etwa das Strafgesetzbuch sinnentleert, wenn Täter nicht
423 damit rechnen müssen, dass sie ermittelt, verurteilt und inhaftiert werden.

424 Statt neue Stellen beim Zoll zu schaffen, um beispielsweise in Friseurläden die
425 Einhaltung des Mindestlohns zu kontrollieren, sollten wir besser die Polizei und
426 Justiz durch eine dem akuten Bedarf angemessene personelle und technische
427 Ausstattung stärken.

428 Erhebliche Herausforderungen durch die abstrakte Gefahrenlage, die
429 demographische Entwicklung und permanent zunehmende Aufgaben machen

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 45

430 mittelfristig deutschlandweit etwa 15.000 neue Stellen - davon in Hessen 1.500 -
431 bei der Polizei erforderlich.

432 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Ordnungsbehörden
433 personell in ausreichender Anzahl und mit erforderlicher Qualifikation besetzen
434 zu können.

435 Auch wollen wir Freien Demokraten eine umfassende Aufgabenkritik. Die Polizei
436 ist von Verwaltungsarbeit und nachrangigen Aufgaben zu entlasten, damit sie
437 ihre Kernaufgabe - namentlich der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der
438 Menschen - auch umfassend erfüllen kann. Der in Hessen von der Koalition aus
439 CDU und Grünen geplante Abbau von Verwaltungsstellen zur Entlastung der
440 Vollzugspolizisten zeigt genau in die falsche Richtung.

441 Wir Freien Demokraten fordern außerdem eine Modernisierungsoffensive für die
442 Polizei. Der Einsatz modernster Kommunikations- und Informationstechnik würde
443 die Polizeiarbeit erheblich erleichtern und effektiver machen.

444 Für besonders wichtig erachten wir dabei den flächendeckenden Einsatz von
445 Mobile Devices (Smartphones und Tablets) in den Streifenwagen, wodurch sich
446 ein schnellerer Abgleich mit Fahndungslisten bei Kontrollen oder im Rahmen von
447 erkennungsdienstlichen Maßnahmen gewährleisten lässt.

448 Die FDP befürwortet eine Ausweitung der DNA-Analyse auch auf äußere
449 Merkmale wie Haar, Augen und Hautfarbe sowie Herkunft bei schwersten
450 Straftaten wie z.B. Mord, Totschlag und schweren Sexualdelikten. Hierdurch
451 können nicht nur schnellere Fahndungserfolge erreicht, sondern überdies
452 vermieden werden, dass Unschuldige ins Visier der Ermittler geraten. So könnte
453 dies auch die massenhafte Erhebung von Speichelproben bspw. in einer ganzen
454 Gemeinde überflüssig machen und damit die Persönlichkeitsrechte
455 unbescholtener Bürger, die auf Grund der vorliegenden genetischen
456 Informationen des mutmaßlichen Täters von vorne herein ausgeschlossen
457 werden können, besser geschützt werden.

458 Zu einem starken Rechtsstaat gehört untrennbar eine durchsetzungsstarke
459 Justiz. Deswegen ist auch hier der bestehende personelle und sächliche Mangel
460 dringend zu beheben. Nach Erhebungen der Richterbünde in Bund und Ländern
461 fehlen tausende Stellen für Richter und Staatsanwälte sowie für die übrigen
462 Dienste. Diese Defizite auszugleichen ist von elementarer Bedeutung, weil
463 Polizei und Justiz als Einrichtungen zu begreifen sind, die jede für sich die
464 Sicherheit in unserem Rechtsstaat gewährleisten.

465 Die Verfahrensdauern müssen bundesweit signifikant gesenkt werden. Wenn
466 aufgrund der hohen Belastung insbesondere Verfahren in Nichthaftsachen bei
467 vielen Landgerichten erst nach Jahren verhandelt und besonders beschleunigte
468 Verfahren vielerorts nicht praktiziert werden können, gilt es zu handeln. Wir

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 46

469 müssen die Justizbehörden personell besser aufstellen, damit Verfahren
470 schneller ablaufen und Täter konsequent verfolgt werden können.

471 In diesem Zuge ist auch die Digitalisierung voranzutreiben. So sind die bereits
472 gesetzlich vorgesehenen Online-Klagen und die elektronische Aktenführung
473 (E-Justice) zu forcieren, um Zeit und Geld zu sparen sowie den
474 Informationsaustausch mit anderen Behörden zu erleichtern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 47

Antrag 008

Betr.: Neustart in der Energiepolitik

Antragsteller: Dr. Matthias Büger, Bettina Stark-Watzinger, Thomas Bittner,
Marion Schardt-Sauer, Jörg Behlen, LFA Forschung,
Technologie, Energie

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Energiewende ist gescheitert.

2 Die Energiewende wurde als Stromwende gestartet, ohne dass ihre
3 naturwissenschaftlichen Grundlagen verstanden wurden. So schafft die
4 Konzentration auf wetterabhängige Stromproduktion (Wind, Solar) enorme
5 technische Probleme, die weder gelöst sind noch sich aktuell lösen lassen. So
6 müsste die heute existierende Speicherkapazität für eine Strom-Vollversorgung
7 aus Sonne, Wind und Speichern um den Faktor 1000 gesteigert werden, was
8 technisch und wirtschaftlich unmöglich ist.

9 Der Anbau von pflanzlichen „Energierohstoffen“ in Monokulturen schadet der
10 Biodiversität und erbringt kaum mehr Energie, als für Feldbearbeitung, Düngung,
11 Pflanzenschutz, Umwandlung in Strom bzw. chemisch gebundener Energie und
12 Transport aufgebracht werden muss.

13 Bei der Elektromobilität ist die Technologie unausgereift. Insbesondere haben die
14 verbauten Batterien eine Energiedichte, die um einen Faktor 100 unter der von
15 Kraftstoffen liegt. Solange sich die Technik nicht deutlich weiter entwickelt hat, ist
16 eine Subventionierung von Elektroautos, wie sie die Große Koalition beschlossen
17 hat, eine Fehlallokation von Geldern, die umgehend beendet werden muss.

18 Wärmedämmung in Wänden, Fenstern und Türen erspart über einen gesamten
19 Lebenszyklus nicht notwendigerweise mehr Heizenergie als zu ihrer Produktion
20 benötigt wird. Neue Ansätze in den Bautechnologien, die auch die Baubiologie
21 berücksichtigen, müssen entwickelt werden.

22 Die Energiepolitik muss neue Wege gehen.

23 Fossile Energieträger sind zwar endlich; ihr Einsatz setzt Gase frei, die das Klima
24 beeinflussen können. Alarmismus ist jedoch ein schlechter Ratgeber und führt
25 zu falschen Reaktionen und zur Fehlallokation von Geldern. Nach allen
26 Ergebnissen der Klimawissenschaften ist eine Ausstiegsperspektive aus fossilen
27 Energieträgern, die heute noch zu 80% zur Energieversorgung beitragen, bis
28 zum Jahr 2100 ausreichend. Die verbleibenden 80 Jahre müssen jedoch genutzt
29 werden, um echte Alternativen für die Energieerzeugung zu entwickeln, die
30 technisch und wirtschaftlich umsetzbar sind.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 48

31 Eine **neue Energiepolitik** muss sich an den folgenden Prinzipien ausrichten:

- 32 • **Die Gesellschaft legt Ziele fest**, die sie erreichen möchte. Ein solches Ziel
33 sollte ein stufenweiser Ausstieg aus fossilen Rohstoffen im Rahmen
34 internationaler Vereinbarungen sein.
- 35 • **Zur Erreichung der Ziele muss die jeweils effizienteste Maßnahme**
36 **gewählt werden**. Beschlossene Maßnahmen sind regelmäßig auf Ihre
37 Zielerreichung und Effizienz zu überprüfen.
- 38 • **Die Umsetzung muss technologie-neutral erfolgen**.

39 Auf diese Weise wird vermieden, dass einzelne Technologien an bestimmten
40 Standorten (wie z.B. Solarenergie in Deutschland oder Windenergie ohne
41 Speichermöglichkeiten) gefördert werden. Dies führt zu hohen Kosten, ohne die
42 technologische Entwicklung zu beschleunigen. Dem EEG liegt eine solche
43 falsche Systematik zugrunde, die Ineffizienzen hervorruft. Außerdem verlagert
44 das EEG die Kosten der Energiepolitik einseitig auf die Stromverbraucher und
45 belastet damit in unverhältnismäßig starker Weise soziale Schwache. Das EEG
46 ist daher ersatzlos zu streichen.

47 Als erster Schritt zum Schutz der Umwelt sollte die Benachteiligung von Gas im
48 Verhältnis zu Kohle ausgeglichen werden. Deutschland sollte in
49 Flüssiggas-Terminals und den Ausbau von Pipelines in Europa investieren, um
50 von den gesunkenen Weltmarktpreisen profitieren zu können. Der Ausbau der
51 starken Schwankungen unterworfenen Wind- und Solaranlagen zur
52 Stromerzeugung muss so schnell wie möglich gestoppt werden. Ausnahmen
53 gelten nur für Anlagen für den kompletten Eigenverbrauch, soweit also die Netze
54 nicht mit dem fluktuierenden Strom belastet werden. Nur so ist die Netzstabilität
55 zu gewährleisten. Besitzer von EEG-geförderten Altanlagen zur Produktion von
56 wetterabhängigem Strom besitzen zwar in Bezug auf die Förderzusagen
57 Bestandschutz, tragen jedoch eine Verantwortung für die durch sie verursachten
58 zusätzlichen Netzausbau- und -stabilisierungskosten und müssen daher an
59 diesen Kosten angemessen beteiligt werden. Diese werden heute noch über
60 Netzentgelte von allen Stromkunden getragen. Die Abschaffung des EEG wird
61 auch dazu führen, dass sich Forschung für bessere Energietechnologien
62 wirtschaftlich wieder lohnt.

63 Deutschland ist in den europäischen Strommarkt eingebunden. Die stärkeren
64 Schwankungen durch Wind- und Solaranlagen verstärken die Notwendigkeit, den
65 Strommarkt gesamteuropäisch zu betrachten. Nationale Alleingänge wie der
66 deutsche sind daher nicht zielführend und können die Stabilität der Netze negativ
67 beeinflussen. Eine neue Energiepolitik muss europäisch gedacht und aufeinander
68 abgestimmt werden.

69 **Der CO₂-Handel eignet sich als zentraler Steuerungsmechanismus.**

70 Der CO₂-Ausstoß ist eine geeignete Messgröße für den Verbrauch fossiler
71 Energieträger. Um den langfristigen Ausstieg aus ihnen zu erreichen, ist der

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 49

72 Handel mit CO₂-Zertifikaten eine unkomplizierte und technik-neutrale Lösung. Im
73 Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen ist darauf hinzuwirken, den CO₂-Handel
74 weltweit einzuführen. Dies ist auch sachgerecht, da es umweltpolitisch
75 gleichgültig ist, wo in der Welt fossile Energieträger verbraucht werden. Auf
76 diese Weise wird sichergestellt, dass stets die effizienteste Maßnahme zur
77 Reduktion des CO₂-Ausstoßes zum Zuge kommt. Der CO₂-Handel sollte auf alle
78 volkswirtschaftlichen Sektoren ausgedehnt werden. Damit der CO₂-Handel als
79 Marktmechanismus die kostengünstigsten Einsparungsmöglichkeiten für fossile
80 Energieträger auffindet, sollten parallel dazu europaweit alle konkurrierenden
81 Fördersysteme für erneuerbare Energieträger (z.B. Einspeisetarife,
82 Grünstromzertifikate, Direktzuschüsse und Steuerprivilegien) ersatzlos gestrichen
83 werden.

84 **Forschung muss vorangetrieben werden.**

85 Entscheidende Durchbrüche in der Energiepolitik sind erst nach einem besseren
86 Verständnis vieler Technologien und Phänomene zu erwarten. Hierzu zählen in
87 Bezug auf Windkraft und Solarenergie das Verständnis der Statistik von Wetter,
88 die chemisch-physikalische Grenzen von Speichersystemen einschließlich von
89 Power-to-Gas – insbesondere im Hinblick auf Energiedichte und Wirkungsgrade.
90 Zusätzlich sollte die Forschung an der Kernfusion gefördert werden. Im Hinblick
91 auf die Kernenergie müssen wir anerkennen, dass viele Kraftwerke in unseren
92 Nachbarländern auch dauerhaft stehen werden, und dass es noch immer keine
93 Endlager für Atommüll gibt. Daher unterstützen wir Forschung zum Umgang mit
94 bestehender Kernenergie und Technologien zum Umgang mit vorhandenem
95 Atommüll wie z.B. Transmutation. Als Liberale fordern wir deutlich verstärkte
96 Anstrengungen für eine nach allen Seiten offene, unideologische
97 Energieforschung. Wenn nur 10% der bisherigen EEG-Fördermittel in die
98 Forschung fließen würden, hätten wir gute Chancen, den Ausstieg aus den
99 fossilen Energieträgern zügig voranzutreiben.

100 **Fazit**

101 Der langfristige Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist und bleibt eine
102 Herkulesaufgabe, die unsere Gesellschaft noch auf Jahrzehnte beschäftigen
103 wird. Daher müssen wir sie heute beherzt angehen, um künftigen Generationen
104 ein Leben ohne fossile Energieträger ermöglichen zu können. Die bislang
105 beschrittenen Wege haben sich als Sackgassen erwiesen. Es ist daher
106 notwendig, neue Wege in der Energiepolitik zu beschreiten und sie regelmäßig
107 auf ihren Erfolg hin zu überprüfen.

Begründung:

Die Energiewende wurde bereits in den 1990er Jahren von verschiedenen Koalitionen vorangetrieben und vor allem durch die Einführung des **Erneuerbare-Energien-Gesetzes** als wesentlichen Baustein neben Dämmvorschriften für Häuser im Jahr 2000

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 50

beschleunigt. Mittlerweile wurden auch staatliche Fördermittel für den Ausbau der Elektromobilität eingeführt. Die Erwartungen an die Energiewende waren hoch: Es sollten Millionen Arbeitsplätze geschaffen, der CO₂-Eintrag in die Atmosphäre reduziert und die Energiekosten langfristig gesenkt werden, weil „uns die Sonne keine Rechnung“ schicke. Das Hauptziel des EEG war aber, durch massiven Ausbau von Solar- und Windenergie deren Herstellungskosten abzusenken. Das letzte Ziel wurde erreicht, daher ist eine Abschaffung des EEG bereits seit [2016] Beschlusslage der FDP.

Die anderen Ziele des EEG wurden allerdings nicht erreicht. So lagen die spezifischen CO₂-Emissionen in der deutschen Stromerzeugung im Jahr 2010 mit ca. 585 kg/MWh am niedrigsten und lagen seither in jedem Jahr höher, obwohl gerade nach 2010 Wind- und Solarkapazitäten massiv ausgebaut wurden. Hierfür war nicht nur der Atomausstieg nach Fukushima verantwortlich, sondern vor allem die Verdrängung von Gas- durch Kohlekraftwerke. Es ist mittlerweile klar, dass Wind- und Solarkraftwerke in unseren Breiten nie die Hauptverantwortung für die Energieerzeugung übernehmen können werden. Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zeigen, dass die Wetterlagen in Deutschland, sogar in ganz Westeuropa hochgradig korreliert sind. Dies bedeutet, dass es bei Sonne und Wind keinen räumlichen Ausgleich in der Stromproduktion gibt, beispielsweise fehlender Windstrom in Norddeutschland nicht durch Wind- oder Solarstrom aus Süddeutschland oder Frankreich ausgeglichen werden kann. Um einen solchen räumlichen Ausgleich zu schaffen, müsste das betrachtete Gebiet von Westafrika (Sommerwindgebiet) bis nach Sibirien gehen. Dies ist technisch, wirtschaftlich und politisch auf absehbare Zeit nicht umsetzbar.

Speicher werden die Lücke auch nicht schließen können. Die Schwankungen bei der Energieerzeugung aus Sonne und Wind sind so groß, dass bei einem 100%-Szenario eine so große Energiemenge zwischengespeichert werden müsste, dass man damit den Bodensee auf 2.000 Metern Höhe pumpen könnte. Speicher in dieser Größenordnung sind mit heute denkbaren Technologien unrealistisch. Da die stark schwankende Energieeinspeisung ursächlich für die Notwendigkeit der Speicherung und des verstärkten Leitungsbaus ist, sind Erzeuger, die stark schwankend Energie einspeisen, an den von ihnen verursachten Kosten angemessen zu beteiligen. Denn die Kosten für die Netzstabilisierung haben sich in den letzten Jahren vervielfacht. Eine solche Abgabe auf schwankende Energieeinspeisung hätte zudem den positiven Effekt, dass sie einen marktwirtschaftlichen Mechanismus bildet, der die Speicherung von Strom fördert. So könnte ein Windparkbetreiber die Abgabe umgehen, indem er sich einen geeigneten Speicher zulegt oder mit einem entsprechenden Betreiber eine Kooperation eingeht. Aktuell verdrängt die EEG-Systematik sogar die klassischen Energiespeicher aus dem Markt. Ferner würden auf diese Weise Gewinne zumindest teilweise abgeschöpft, die sich nur realisieren lassen, wenn an anderer Stelle (bezahlt durch den Stromverbraucher) Kosten anfallen.

Andererseits ist die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft überlebenswichtig. Die wetterbedingten Schwankungen aus Solar- und Windenergie werden daher auch zukünftig von regelbaren Kraftwerken

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 51

aufgefangen werden müssen. Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke werden in Europa also auch in Zukunft benötigt und so verdoppeln sich die Stromkosten für die Verbraucher.

Auch das Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen in der „Ökobranche“ wurde klar verfehlt. Mittlerweile bauen viele Unternehmen in den energieintensiven Branchen wie Chemie oder Metallherzeugung ihre Maschinen in Deutschland ab und verlagern ihre Produktion ins Ausland. Netto verliert dadurch Deutschland ein Vielfaches an Arbeitsplätzen, als in der „Ökobranche“ geschaffen wurden.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass das EEG kaum eines der selbstgesteckten Ziele erreicht hat, dabei extrem teuer aber wirkungslos ist und sogar die deutsche Volkswirtschaft langfristig gefährdet. Es hat sich als Sackgasse erwiesen und gehört daher schnellstmöglich abgeschafft.

Die **Elektromobilität** erfährt weltweit nur dort Fortschritte, wo der Kauf mit fünf- bis sechststelligen Eurobeträgen pro Elektroauto gefördert wird (z.B. in Norwegen). In Deutschland hat die Technologie trotz vierstelliger Subventionen pro Pkw nur wenige Käufer überzeugt. Offensichtlich werden die heutigen Technologien der Elektromobilität mit schweren und brandgefährlichen Speichern noch als nicht wettbewerbsfähig betrachtet. Die hohen Subventionen in diesem Bereich, wie sie die Große Koalition beschlossen hat, ist daher eine Fehlallokation von Geldern und muss beendet werden.

Wir fordern daher eine grundsätzlich neue Energiepolitik. Dabei darf die Gesellschaft durchaus Ziele festlegen. Ein solches Ziel sollte ein stufenweiser Ausstieg aus fossilen Rohstoffen sein, da diese endlich sind. Wichtig ist aber dass die Politik technologieneutral ist und die jeweils effizienteste Maßnahme durchgeführt wird. Nur so lässt sich das Ziel mit den eingesetzten Mitteln am besten erreichen. Wenn aber Solarenergie durch die deutsche EEG-Fördersystematik im weniger sonnenreichen Deutschland anstatt in Südeuropa eingesetzt wird und Windradbetreiber Geld dafür bekommen, wenn ihre Windräder in Starkwindphasen Strom liefern, den zu dieser Zeit gar niemand abnehmen kann, so ist dies eine Fehlsteuerung.

Eine Möglichkeit, die in der Stromerzeugung emittierten Mengen an Kohlendioxid zu senken ist, die Benachteiligung von Gas im Verhältnis zu Kohle auszugleichen. Leider ist es beim Gas schwieriger, sich am Weltmarkt zu versorgen. Indem Deutschland in Flüssiggas-Terminals und den Ausbau von Pipelines in Europa investiert, könnte es von den gesunkenen Weltmarktpreisen profitieren, die Abhängigkeit von Russland als Exporteur verringern und Kohle durch Gas substituieren.

Im **Wärme-/Kältebereich** wurde nun einige Jahre lang auf wachsende Dämmvorschriften gesetzt. Allerdings ist es nicht verpflichtend vorgeschrieben zu untersuchen, ob der Energieeinsatz für die Herstellung und Installation von Dämmschichten niedriger ist als die Menge an Heizwärme, die über die begrenzte Lebensdauer der Dämmschichten eingespart werden kann. Auch erfordern die meisten heutigen Technologien zur Wärmedämmung, dass Räume luftdicht abgeschlossen werden. Hierdurch kommt es zu

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 52

schwieriger Baubiologie, als entstehende Feuchtigkeit nicht durch die Wände dringen kann, und es droht Schimmelbildung. Die gesundheitliche Gefährdung hierdurch ist noch kaum untersucht. Auch im Bereich der Dämm-Maßnahmen ist daher ein Neustart in der Energiepolitik erforderlich.

In Summe ist die Energiepolitik stärker marktwirtschaftlich auszurichten, europäisch zu denken und eine grenzüberschreitend einheitliche Steuerung durchzuführen. Die effizienteste Möglichkeit zur Absenkung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen bietet derzeit der Handel mit CO₂-Rechten. Sonne und Wind werden auch in weiter Zukunft keine maßgebliche Rolle bei der Energieversorgung spielen können, weil sie zu stark schwankend Energie liefern und keine Technologien am Horizont stehen, um die Energie abzapfen. Umgekehrt werden traditionelle Großkraftwerke entsprechend lange benötigt, und ein Ausstieg aus ihnen ist mittelfristig nicht umsetzbar. Viele offene Forschungsfragen in diesem Zusammenhang müssen aber noch beantwortet werden. Diese Erkenntnisse sollten in eine moderne Energiepolitik einfließen. Ein Neustart ist erforderlich.

.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 53

Antrag 009

Betr.: Wahlrecht mit 16!

Antragsteller: JuLis Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen fordert eine Absenkung des aktiven Wahlalters für Europa-,
2 Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Demokratie lebt von
3 Partizipation, Mitbestimmung, dem Interesse für politische Themen und sollte die
4 gesamte Bevölkerung repräsentieren. In Zeiten des Demographiewandels werden
5 vor allem die Interessen jüngerer Menschen nicht hinreichend berücksichtigt. Um
6 Generationengerechtigkeit wieder herzustellen sollen junge Menschen ab 16
7 wählen dürfen.
- 8 Mit 16 Jahren haben junge Menschen schon viele Rechte und Pflichten. Sie
9 entscheiden zum Beispiel über ihre Zukunft mit der Wahl einer Ausbildung oder
10 eines Abiturschwerpunktes. Zu diesen Rechten und Pflichten sollte auch das
11 Wahlrecht gehören
- 12 Das passive Wahlrecht soll mit dem 18. Geburtstag erworben werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 54

Antrag 010

Betr.: Wahlrecht von Geburt an

Antragsteller: Dr. Hermann Otto Solms

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die demografische Entwicklung in Deutschland gefährdet die Zukunft unserer
2 Gesellschaft. Die Probleme sind nur zu bewältigen, wenn im Generationenvertrag
3 auch die junge Generation berücksichtigt und Kindern und den sie
4 großziehenden Eltern ein ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft
5 angemessener Stellenwert eingeräumt wird. Die Gesellschaft insgesamt muss
6 kinderfreundlicher werden, die Bereitschaft junger Erwachsener, Eltern zu
7 werden, muss gestärkt und die zahlreichen Probleme und Nachteile für Familien
8 mit Kindern müssen abgebaut werden.

9 Der in Artikel 38 Abs. 2 des Grundgesetzes festgelegte Ausschluss der Kinder
10 und Jugendlichen vom Wahlrecht vereitelt jedoch eine angemessene
11 Berücksichtigung der jungen Generation im politischen Willensbildungsprozess
12 unserer Gesellschaft und passt weder in die Gesamtsystematik unserer
13 demokratischen Ordnung, noch überzeugt er inhaltlich. Das Wahlrecht ist ein in
14 einer Demokratie unverzichtbares Grundrecht. Wer Kindern und Jugendlichen
15 das Wahlrecht grundsätzlich weiter vorenthält, stellt einerseits die prinzipielle
16 Gleichheit der Staatsbürger in Frage und leistet andererseits einer Politik
17 Vorschub, die zu einer Verlagerung von Lasten auf die nächste Generation
18 tendiert.

19 Nach Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volk aus
20 und wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Das Volk gemäß
21 Artikel 20 des Grundgesetzes ist das Staatsvolk und umfasst alle Deutschen.
22 Dieses Bekenntnis zur Demokratie in Artikel 20 des Grundgesetzes beschränkt
23 das Volk als primären Träger aller Staatsgewalt dem Wortlaut nach also nicht auf
24 die volljährigen Deutschen. Durch die so genannte Ewigkeitsgarantie des Artikels
25 79 Abs. 3 des Grundgesetzes gehört dieser Artikel 20 zu den einer Änderung
26 nicht zugänglichen Vorschriften unserer Verfassung. In Artikel 38 Abs. 2 des
27 Grundgesetzes wird allerdings das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag an die
28 Vollendung des 18. Lebensjahres gebunden. Kinder und Jugendliche unter 18
29 Jahren – und damit rund 17 Prozent des Volkes – ist so generell ein Einfluss auf
30 die Ausübung der Staatsgewalt versagt.

31 **Das Wahlrecht: Ein altersunabhängiges Grundrecht**

32 Es muss schwerwiegende, verfassungswirksame Gründe geben, um einem
33 erheblichen Anteil des deutschen Volkes die Ausübung dieses Grundrechts

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 55

34 vorzuenthalten. Dabei ist besonders bedenklich, dass nur die jungen Menschen
35 von 0 bis 17 Jahre von der Wahl ausgeschlossen sind; irgendwelche anderen
36 vergleichbaren Vorenthaltungen des Wahlrechts kennt unsere Verfassung nicht.

37 Zur Begründung wird angeführt, Kinder und Jugendliche könnten nicht selbst
38 wählen, für sie müssten Stellvertreter handeln und diese verletzen, wenn sie für
39 die Kinder wählen würden, die Grundsätze der Unmittelbarkeit und
40 Höchstpersönlichkeit der Wahl. Diese Begründung hält einer Nachprüfung nicht
41 stand. Zwar werden in Deutschland Abgeordnete des Deutschen Bundestages in
42 unmittelbarer Wahl gewählt (Artikel 38 Abs. 1 GG). Aber der Grundsatz der
43 Unmittelbarkeit bedeutet nur, dass zwischen Wähler und Gewähltem kein
44 Wahlmännnergremium dazwischengeschaltet wird. Bei einer Stellvertretung durch
45 die Eltern ist dies nicht der Fall. Die Eltern geben die Stimme für ihr Kind als
46 Treuhänder ab. Sie stimmen ab, wie dies dem Wohl und den Interessen ihres
47 Treugebers, also des Kindes, entspricht. Damit ist die Unmittelbarkeit erfüllt: Die
48 abgegebene Stimme kommt unmittelbar dem Gewählten zugute, irgendeine
49 weitere Instanz ist nicht dazwischengeschoben.

50 **Keine Einschränkung eines Grundrechts durch den Grundsatz der** 51 **Höchstpersönlichkeit**

52 Der Grundsatz der Höchstpersönlichkeit ist, im Gegensatz zur Allgemeinheit und
53 Gleichheit der Wahl, im Grundgesetz nicht verankert. Schon heute können
54 Briefwahl und Wahlhelfer die Höchstpersönlichkeit der Wahl beeinträchtigen. Bei
55 Abwägung mit dem Grundrecht auf Wahl ist es gerechtfertigt, diesem gegenüber
56 dem Wunsch nach Höchstpersönlichkeit den Vorrang einzuräumen.

57 **Keine Verletzung der geheimen Wahl und der Freiheit und Gleichheit der** 58 **Wahl**

59 Bei Ausübung des Wahlrechts des jungen Menschen durch Eltern ist auch nicht
60 der Grundsatz der Freiheit der Wahl verletzt. Zwar entscheiden die Eltern für
61 das Kind, solange das Kind dazu nicht in der Lage ist. Aber sie handeln im
62 Rahmen ihres grundgesetzlich legitimierten Elternrechts. Sobald die Kinder es
63 vermögen, sollen sie selbst ihr Wahlrecht ausüben.

64 Das von den Eltern ausgeübte Wahlrecht verstößt auch nicht gegen den
65 Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Im Gegenteil: Die Gleichheit der Wahl
66 erfordert geradezu die Einführung eines Wahlrechts von Geburt an, weil nur so
67 den Kindern endlich auch ihr eigenes Grundrecht auf Wahl eingeräumt wird.

68 Die Ausübung des Wahlrechts durch die Eltern verletzt auch nicht den Grundsatz
69 der geheimen Wahl. Zunächst verstößt der Austausch über die
70 Wahlentscheidung nur zwischen Kindern und Eltern nicht gegen diesen
71 Grundsatz. Im Übrigen kann Stellvertretung nur ausgeübt werden, wenn die
72 Eltern die Wahlentscheidung kennen. Dies ist durch die grundgesetzliche
73 Vertretungsmacht der Eltern legitimiert.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 56

74 **Wahlrecht, Grundgesetz und Bundeswahlgesetz**

75 Nach allem gibt es keine stichhaltigen Gründe, jungen Menschen von Geburt an
76 bis zum Erreichen des 18. Lebensjahrs in Deutschland das Wahlrecht
77 vorzuenthalten. Vielmehr liegt in der derzeitigen Regelung ein eklatanter Verstoß
78 gegen Artikel 20 Abs. 2 GG, also gegen die Volkssouveränität, darüber hinaus
79 gegen Artikel 1 Abs. 1 GG, also gegen die unantastbare Menschenwürde junger
80 Menschen und gegen das Diskriminierungsverbot gemäß Artikel 3 Abs. 3 GG.

81 Weil elementare eigene Rechte der jungen Menschen betroffen sind, muss die
82 Verfassung einen Weg finden, um jungen Menschen von Geburt an das
83 Wahlrecht einzuräumen oder besser gesagt nicht mehr vorzuenthalten.
84 Gesetzestechisch könnte dies dadurch geschehen, dass Artikel 38 Abs. 2
85 erster Halbsatz GG gestrichen wird.

86 **Antworten und Argumente zur Umsetzung des Wahlrechts von Geburt an**

87 **Kinder wollen beteiligt werden**

88 Bisweilen wird behauptet, Kinder und Jugendliche wollten gar nicht wählen. Der
89 Wille zur Partizipation sei aber Voraussetzung für das Wahlrecht. Diese
90 Behauptung ist nicht belegt. Viele Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche
91 im hohen Maße an Politik interessiert sind und an ihr teilhaben wollen. Im
92 Übrigen ist der Wille, ein Recht auszuüben, keine Voraussetzung für die
93 Gewährung eines Rechts; das geschieht auch sonst in unserer Rechtsordnung
94 nicht.

95 **Kinder neigen nicht zu Extremismus**

96 Die Befürchtung, junge Menschen seien anfällig für extremistische Parteien,
97 womit bisweilen die Vorenthaltung des Grundrechts des Wahlrechts begründet
98 wird, ist unbegründet, weil durch Erfahrung widerlegt. Im Übrigen schlägt sich
99 dieses Argument selbst: Erwachsene, die extremistisches Gedankengut
100 vertreten, haben trotzdem ein Wahlrecht. Derartige Ansichten müssen auf
101 politische Weise, aber nicht mit Wahlrechtsentzug bekämpft werden.

102 **Wahlalter und Volljährigkeit**

103 Soweit gefordert wird, nach Einräumung eines Wahlrechts von Geburt an müsse
104 man den Kindern auch erlauben, früher Auto zu fahren und im Übrigen früher
105 am Rechtsverkehr teilzunehmen, ist auch diese Behauptung nicht schlüssig.
106 Wahlalter und Volljährigkeit sind nicht voneinander abhängig. In den 1970er
107 Jahren waren junge Menschen bereits wahlberechtigt, bevor sie volljährig
108 wurden. Soweit das Gesetz Altersgrenzen enthält, wie etwa im Strafrecht,
109 handelt es sich um Schutzgesetze. Das Wahlrecht ist aber keine Gefährdung
110 eines jungen Menschen.

111 **Keine Begrenzung des Wahlalters aufgrund des Alters**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 57

112 Bisweilen wird behauptet, Kinder seien leichter manipulierbar. Auch dies ist keine
113 stichhaltige Begründung für die Vorenthaltung des Wahlrechts. Erwachsene sind
114 ebenfalls stark beeinflussbar. Gerade die letzten Wahlen zeigen, dass
115 Wahlentscheidungen erst am Wahltag gefällt werden. Niemand denkt daran,
116 erwachsenen Menschen das Wahlrecht vorzuenthalten, nur weil sie beeinflussbar
117 sind. Bedenken gegen die Beurteilungsfähigkeit und wegen etwaiger
118 Manipulierbarkeit bestehen auch in anderen Altersgruppen, etwa im hohen
119 Greisenalter. Dennoch wird zu Recht von keiner Seite gefordert, das Wahlalter
120 zu begrenzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 58

Antrag 011

Betr.: Bares muss Wahres bleiben – Abschaffung des Bargelds verhindern

Antragsteller: KV Frankfurt am Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der von interessierter Seite immer mehr verfolgten Abschaffung des Bargelds ist
- 2 rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Es ist ein beabsichtigter Eingriff in die
- 3 persönliche Freiheit der Bürger. Bargeld ist ein persönliches Gut, das einzig und
- 4 allein in der Verantwortung des freien Menschen steht.

- 5 Bargeld als Instrument zur Steuerhinterziehung zu bezeichnen, rückt jeden
- 6 korrekten Bürger in die Nähe der Steuerkriminalität.

- 7 Die Freien Demokraten sind aufgefordert durch geeignete Mittel der
- 8 Informationspolitik zur Bürgeraufklärung beizutragen. Das sollten bürgeroffene
- 9 Veranstaltungen, Straßenaktionen und Informationsstände sein.

- 10 Die Unterstützung des Kampfes gegen eine geplante Maßnahme der
- 11 Freiheitsberaubung steht der Partei der Freiheit gut an.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 59

Antrag 012

Betr.: Für eine Grundlegende Reform der Europäischen Verträge
Antragsteller: LFA Internationale Politik

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP setzt sich für eine grundlegende Reform der Europäischen Union ein.
2 Das nächste europäische Parlament soll gemeinsam mit einer gleichen Anzahl
3 von Vertretern der jeweiligen nationalen Parlamente im Rahmen eine
4 „Europäischen Vertragsgebenden Versammlung“ bilden. Im Dialog mit den
5 Bürgern wird binnen drei Jahren einen Reformentwurf für die europäischen
6 Verträge erarbeitet. Über den neuen Europäischen Vertrag müssen die
7 europäischen Bürger in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung
8 abstimmen und damit die Grundlage für die Europäische Union der Zukunft
9 schaffen.
- 10 Ziel der Reform sind die drei Punkte.
- 11 1. Es muss sichergestellt werden, dass Entscheidung und Verantwortung
12 wieder in einer Hand liegen und die Entscheidungsprozesse in der EU
13 transparent und demokratisch gestaltet sind. Daher soll zukünftig die
14 gesetzgebende Initiative und Regierungsbildung von dem Europäischen
15 Parlament ausgehen, der Europäische Rat soll durch einen Europäischen
16 Senat als 2. Kammer abgelöst und ein „Europäisches Vertragsgericht“ aus
17 dem Europäischen Gerichtshof herausgelöst wird, welches die Rolle der
18 Hüterin der Verträge übernimmt.
 - 19 2. Die Verantwortungsbereiche der EU müssen klar definiert und von denen
20 der Mitgliedsstaaten abgegrenzt werden. Ein Thema darf nur dann in der
21 Verantwortung der EU liegen, wenn sich hieraus relevante Vorteile für die
22 Mitgliedsstaaten ergeben. Dazu sollen analog zu Art. 70 ff. Grundgesetz
23 eindeutig festgelegt werden, welche Aufgaben im Verantwortungsbereich
24 der EU liegen und welche auf nationaler Ebene bleiben.
 - 25 3. Es muss sichergestellt werden, dass die Grundlage der EU, ihre Verträge,
26 eingehalten werden, was durch die doppelte Verantwortung der
27 Europäischen Kommission als Vertragshüterin und Regierung nicht immer
28 möglich war. Dies soll dadurch sichergestellt werden, dass
29 Vertragsverstöße zukünftig vor dem Europäischen Vertragsgericht
30 verhandelt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 60

Antrag 013

Betr.: Mehr Stabilität und Eigenverantwortung in der Europäischen Währungsunion

Antragsteller: LFA Internationale Politik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In den vergangenen Jahren wurde in der Finanz- und Haushaltskrise mit dem no
2 bail out Prinzip eines der wichtigsten Grundsätze des gemeinsamen
3 Währungsraums außer Kraft gesetzt. Die Umsetzung notwendiger
4 Strukturreformen wurde hierdurch nicht beschleunigt. Die FDP fordert daher, dass
5 Staaten und Banken in der Europäischen Währungsunion wieder die
6 Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Konkret fordern wir:

7 **1. Eine starke, unabhängige und handlungsfähige Bankenaufsicht:** Dazu
8 sollen Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und Einlagensicherung unter einem
9 Dach gebündelt werden. Die Einlagensicherung in Form einer Rückversicherung
10 auf europäischer Ebene darf dabei erst in Kraft treten, wenn die Bankenaufsicht
11 und Bankenabwicklung voll handlungsfähig sind. Damit Bankenaufsicht und
12 -abwicklung handlungsfähig sind, müssen die operativen Bereiche der nationalen
13 Bankenaufsichten in die europäische Bankenaufsicht integriert werden. Der
14 Interessenskonflikt zwischen Bankenaufsicht und Fiskalpolitik unter dem Dach der
15 EZB lässt sich nur durch eine Trennung der Aufgaben in separate Institutionen
16 auflösen.

17 **2. Kein Transfer durch die Fiskalpolitik:** Die Regeln für die EZB sind so
18 anzupassen, dass sie durch ihr Handeln keinen Transfer von Kapital oder
19 Risiken zwischen den Mitgliedern der Europäischen Währungsgemeinschaft mehr
20 leisten darf. Damit dürfen zum Beispiel keine Staatsanleihen einzelner
21 Mitgliedsstaaten gekauft oder Bürgschaften hierfür übernommen werden.
22 Staatsanleihen dürfen nur noch dann durch die EZB erworben werden, wenn es
23 bereits eine gemeinsame Haftung der Länder der Euro-Gruppe für diese
24 Anleihen gibt, wie zum Beispiel im Falle der ESM-Anleihen. Damit soll
25 sichergestellt werden, dass kein Land der Euro-Gruppe seine Schulden- oder
26 Zinslast auf Kosten der Gemeinschaft über die EZB senkt.

27 **3. Ein Insolvenzrecht für die Staaten der Europäischen Währungsunion:** Die
28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion müssen die Verantwortung
29 für ihre Haushalte übernehmen. Dies soll durch klare Regeln für eine
30 Staatsinsolvenz sichergestellt werden. Die Mitgliedsstaaten müssen ihre Anleihen
31 mit Klauseln ausgeben, die sicherstellen, dass ein Land im Falle einer
32 Zahlungsunfähigkeit mit seinen Gläubigern verhandelt und über einen
33 Mehrheitsentscheid auf Gläubigerseite eine Einigung herbeigeführt werden kann.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 61

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 62

Antrag 014

Betr.: Für eine zukunftsfähige Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller: LFA Internationale Politik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen der Außen-
2 und Sicherheitspolitik grundlegend geändert. Daher fordert die FDP eine
3 Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei setzen wir auf drei
4 Säulen:

- 5 1. **Ausbau des Sicherheitspolitischen Engagements innerhalb der NATO:** Die
6 NATO übernimmt wichtige Aufgaben für den Schutz der EU und der
7 Stabilisierung ihrer Nachbarregionen. Deutschland und die EU können sich
8 hierbei nicht länger auf ein einseitiges Engagement der USA verlassen,
9 sondern müssen für diese Aufgaben mehr Verantwortung übernehmen.
- 10 2. **Stabilität und Sicherheit durch internationale Beziehungen:** Die FDP
11 setzt auf den Ausbau Internationaler Beziehungen zur Steigerung von
12 Sicherheit und Stabilität. Entscheidend bei der Frage, ob internationale
13 Beziehungen ausgebaut werden, muss die Frage sein, ob die
14 Gesamtsituation hierdurch verbessert werden kann, nicht ob ein potentieller
15 Partner alle politischen Überzeugungen teilt. Die außenpolitische Isolation
16 hat in der Vergangenheit zu mehr Konflikten statt zu weniger geführt. Auch
17 werden die Folgen der Isolation meist von der Bevölkerung ausgebadet,
18 Regime und Autokraten bleiben dagegen eher unbelastet und gewinnen
19 noch ein außenpolitisches Feindbild zur Rechtfertigung ihrer Position.
- 20 3. **Wohlstand und Sicherheit durch Handel:** Angesichts des wachsenden
21 Protektionismus setzen wir verstärkt auf den Freihandel. Auch in der
22 Entwicklungszusammenarbeit ist der Freihandel und damit der Zugang zum
23 Europäischen Binnenmarkt ein wichtiger Baustein. Leider führen
24 Subventionen in der Europäischen Union zu starken Marktverzerrungen,
25 zum Beispiel bei Agrarprodukten. Daher ist es auch aus
26 entwicklungspolitischer Sicht wichtig die Subventionen abzubauen. Bis dies
27 erfolgreich umgesetzt werden kann muss es die Möglichkeit geben
28 subventionierte Produkte von dem Freihandel auszuschließen. Bei der
29 Unterstützung zum Aufbau von Infrastruktur und staatlichen Strukturen ist
30 Effizienz und Nachhaltigkeit entscheidend. Daher soll die Koordination von
31 Entwicklungsprojekten auf europäischer Ebene gebündelt und klare
32 Zwischenziele, sogenannte Milestones, auch für den Beitrag der
33 Entwicklungsländer definiert werden. Die Planung von Projekten zur
34 Entwicklungszusammenarbeit muss von vorne herein über realistische
35 Zeiträume geplant werden um die Nachhaltigkeit der Umsetzung zu

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 63

36 gewährleisten. Schnellschüsse auf Grund von aktuellem politischen
37 Interesse sind eher kontraproduktiv.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 64

Antrag 015

Betr.: Reichweite und Grenzen der Religionsfreiheit

Antragsteller: Kommission Religionsgemeinschaften

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hessen bekennt sich zur positiven und negativen Religionsfreiheit.
2 Diese findet jedoch ihre Schranken in den vom Grundgesetz der Bundesrepublik
3 Deutschland geschützten Grundrechten und der verfassungsmäßigen
4 Rechtsordnung.

5 Die Bundesrepublik Deutschland ist kein „weltanschaulich neutraler Staat“. Die
6 Grund- und Werteordnung des Grundgesetzes basiert auf einer Weltanschauung
7 und setzt eine solche geradezu voraus. Kein Staat, keine Gesellschaft dieser
8 Erde, ist in diesem Sinne „weltanschaulich neutral“. Gleichwohl besteht in der
9 Bundesrepublik Deutschland keine Staatsreligion, Staatsphilosophie oder
10 Staatsideologie; der freiheitlich-demokratische Verfassungsstaat verhält sich gegenüber
11 Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften neutral.

12 Der Absolutheitsanspruch von Religionen bejaht eine Einzigartigkeit und
13 Universalität des von ihnen aufgezeigten Heilswegs, welche die Heilslehren
14 anderer Religionen und deren aufgezeigte Heilswege ausschließt. In seiner
15 freiheitlichen Ausprägung („freiheitlicher Absolutheitsanspruch“) lässt der
16 Absolutheitsanspruch einer Religion jedoch Andersdenkenden und
17 Andersgläubigen das Recht auf die Ausübung ihres Glaubens und ihres anderen
18 Lebensstils. Sie bejaht auch den verfassungsrechtlichen Schutz dieser Freiheit
19 der Andersdenkenden und Andersgläubigen. Davon zu unterscheiden ist ein
20 Absolutheitsanspruch totalitärer Ausprägung, der gesamtgesellschaftliche
21 Reglementierungen schaffen will, an die sich jede Person gleich welchen
22 Glaubens oder welcher Lebensphilosophie zu halten hat, oder der in der
23 Gesellschaft keine andere Religion oder Weltanschauung duldet („totalitärer
24 Absolutheitsanspruch“).

25 Die Religionsfreiheit beinhaltet das Recht von Religionsgemeinschaften und
26 sonstigen religiösen Vereinigungen, einen „freiheitlichen Absolutheitsanspruch“
27 zu vertreten. Dies schließt ausdrücklich das Werben für die eigene
28 Gemeinschaft und ihre Lehren mit dem Ziel der Gewinnung neuer Mitglieder oder
29 Anhänger („Missionierung“) ein, soweit diese die Grundrechte und sonstigen
30 gesetzlichen Schutzrechte Andersgläubiger und Andersdenkender nicht
31 einschränkt. Dem hingegen überschreitet die Vertretung eines „totalitären
32 Absolutheitsanspruchs“ durch Religionsgemeinschaften oder sonstige religiöse
33 Vereinigungen die Grenzen der Religionsfreiheit und wird daher von der FDP
34 Hessen strikt abgelehnt. Dies beinhaltet auch eine Ablehnung des Rechts auf

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 65

35 jegliche Art von „Missionierung“ durch solche Gemeinschaften oder sonstigen
36 Vereinigungen.

37 Der freiheitlich-demokratische Staat garantiert die volle Glaubens- und
38 Gewissensfreiheit für jeden Menschen als Teil der Religionsfreiheit. Dies schließt
39 die negative Religionsfreiheit aber in jedem Fall mit ein.

40 In Bezug auf den einzelnen Menschen beinhaltet die Religionsfreiheit die
41 Glaubens- und Gewissensfreiheit sowohl in Bezug auf einen „freiheitlichen
42 Absolutheitsanspruch“ als auch in Bezug auf einen „totalitären
43 Absolutheitsanspruch“. Die Grenze der Religionsfreiheit ist jedoch dort
44 überschritten, wo nicht Einzelpersonen als Ausdruck ihrer individuellen
45 Überzeugung, sondern Religionsgemeinschaften, religiöse Verbände oder
46 religiöse Vereinigungen als Zusammenschlüsse unter Berufung auf die
47 Religionsfreiheit politische und gesellschaftliche Ziele propagieren, die auf eine
48 Abschaffung oder wesentliche Einschränkung der verfassungsmäßigen
49 freiheitlichen Grundordnung und der durch sie garantierten unveräußerlichen
50 Menschenrechte und sonstigen Grundrechte hinaus laufen. Die Grenzen der
51 Religionsfreiheit sind auch überschritten, wenn Religionsgemeinschaften, religiöse
52 Verbände oder religiöse Vereinigungen einen „totalitären Absolutheitsanspruch“
53 vertreten und dafür werben, und dabei lediglich auf die Ausübung von Gewalt
54 als Mittel zur Durchsetzung ihres „totalitären Absolutheitsanspruchs“ verzichten.

55 Soweit Religionsgemeinschaften sowie religiöse Verbände und Vereinigungen die
56 Grenzen der Religionsfreiheit überschreiten, tritt die hessische FDP dafür ein,
57 diese rechtlich nicht als Religionsgemeinschaften, religiöse Verbände oder
58 religiöse Vereinigungen im Sinne der Religionsfreiheit und der mit dieser
59 verbundenen Rechte zu behandeln.

60 Das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhaltet auch das Recht,
61 Religionsstifter und „heilige Bücher“ von Religionsgemeinschaften deutlich
62 kritisieren zu können. Es ist eine Aufgabe des freiheitlich-demokratischen
63 Staates, dieses Recht gegen alle Angriffe zu schützen. Das Recht auf freie
64 Meinungsäußerung und die positive wie die negative Religionsfreiheit finden
65 allerdings ihre Grenzen dort, wo die Würde des einzelnen Menschen
66 herabgesetzt wird und wo sie Straftatbestände wie z.B. vorsätzliche
67 Volksverhetzung, üble Nachrede und Beleidigung („Diffamierung“) erfüllt.

68 Das Rechtssystem eines freiheitlich-demokratischen Staates kann und darf die
69 verbindliche Anwendung religiösen Rechts auf öffentlich bzw. öffentlich-rechtlich
70 relevante Verhältnisse nicht tolerieren, wenn und soweit dieses religiöse Recht
71 der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland zuwider läuft und damit die
72 Schutzwirkung des Rechtsstaats und der Rechtsordnung beschränkt. Es kann
73 und darf auch für niemand „Rabatt“ auf die Grundordnung und die Gesetze der
74 Bundesrepublik Deutschland gewährt werden. Dem Grundsatz der Gleichheit
75 jedes Menschen vor dem Gesetz ist unbedingt zu wahren.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 66

76 Die hessische FDP bekennt sich zur „hinkenden Trennung“ zwischen Staat und
77 Religion in der Bundesrepublik Deutschland. Diese hat sich insgesamt bewährt,
78 auch wenn in Einzelfragen Reformbedarf besteht. Das Recht der als
79 Körperschaften des Öffentlichen Rechts verfassten Religionsgemeinschaften auf
80 eigenständige Regelung ihrer internen Angelegenheiten ist zu schützen. Es kann
81 jedoch eingeschränkt werden, wo solche Religionsgemeinschaften oder deren
82 Teilorganisationen öffentliche Aufgaben übernehmen, die ansonsten von
83 öffentlichen Betreibern wahrgenommen werden (z.B. Krankenhäuser,
84 Kindergärten, etc.).

85 Dem Grundsatz der Religionsfreiheit widerspricht die rechtliche oder faktische
86 Kontrolle von Religionsgemeinschaften, religiösen Verbänden und sonstigen
87 religiösen Vereinigungen durch ausländische Staaten oder deren Behörden. Dies
88 beinhaltet auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von diesen ausländischen
89 Staaten oder deren Behörden. Die hessische FDP lehnt eine Beleihung solcher
90 Organisationen mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben ab. Wo eine solche Beleihung
91 bereits stattgefunden hat, sind die betreffenden Organisationen aufzufordern, alle
92 notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Abhängigkeiten zu
93 beseitigen. Dazu ist ihnen eine angemessene Frist einzuräumen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 67

Antrag 016

Betr.: E-Government

Antragsteller: Bezirksverband Nord-/Osthessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Das Land Hessen sorgt in Zusammenarbeit mit den Regierungspräsidien und
- 2 Landkreisen für den technischen und inhaltlichen Rahmen für E-Government und
- 3 Verwaltungsmodernisierung, an denen auch die Kommunen teilnehmen können.

- 4 Das Land koordiniert den Umsetzungsplan für die digitale Strategie.

- 5 Dieser Umsetzungsplan soll alle Bereiche der lokalen Gemeinschaft wie
- 6 Wirtschaft, Bildung und Kultur, Mobilität, Gesundheit und soziales
- 7 Zusammenleben betreffen.

Begründung:

Diese Modernisierung eröffnet neue Chancen für die Bewältigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen vor Ort und in der Region. Die Kommunen benötigen für die Bewältigung dieser Modernisierung ein regionales Netzwerk, das auch die gemeinsame Nutzung aller technischen, organisatorischen und ideellen Grundlagen ermöglicht. Auch hierbei gilt: „Gemeinsam sind wir stark.“

Die digitale Agenda ist nicht weniger als ein Umbauprogramm für die kommunale Selbstverwaltung im digitalen Zeitalter. Sie muss deshalb Chefsache werden. Es ist Zeit zum Handeln.

Weitere Begründungen erfolgt mündlich!

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 68

Antrag 017

**Betr.: Mobilität 4.0 - Autonomes Fahren und ÖPNV -
 Zukunftskonzepte voranbringen – Wirtschaftsstandort
 sichern**

Antragsteller: Jürgen Lenders, Kreisverband Fulda

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Digitalisierung revolutioniert den Verkehr auf allen relevanten Ebenen
- 2 (Mobilität 4.0). Neue Technologien und Geschäftsmodelle (z.B.
- 3 Sharing-Konzepte) verändern nicht nur die Nutzung von Mobilitätsangeboten, sie
- 4 schaffen auch neue Chancen.

- 5 Insbesondere mit autonom gesteuerten Fahrzeugen sind große Hoffnungen
- 6 verbunden den Verkehr bedeutend sicherer und effizienter zu machen. Fachleute
- 7 rechnen mit einem Rückgang im Bereich der Verkehrsunfälle um mehr als 90
- 8 Prozent. Die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten würde drastisch abnehmen.
- 9 Wenn es deutlich weniger Unfälle gibt, sinkt auch der unfallbedingte
- 10 volkswirtschaftliche Schaden mit positiven Auswirkungen auf
- 11 Versicherungskosten usw.

- 12 Mit intelligenten, vernetzten Fahrzeugen entstehen neue Formen der
- 13 Verkehrslenkung. Staus und die damit verbundenen Zeit- und Geldverluste
- 14 lassen sich so deutlich verringern.

- 15 Weil digitale Mobilitätskonzepte und autonom gesteuerte Fahrzeuge zu einer
- 16 deutlichen Senkung der Mobilitätskosten beitragen werden, können neue
- 17 Angebote auch dort entstehen, wo heute aus Kostengründen Mobilität nur
- 18 eingeschränkt verfügbar ist. Das entlastet nicht nur die Bürger, es schafft auch
- 19 neue Chancen für ländliche Regionen.

- 20 Mit der Digitalisierung des Verkehrs und autonom gesteuerten Fahrzeugen sind
- 21 ganz neue Anforderungen für die Nutzer, aber auch für alle übrigen
- 22 Verkehrsteilnehmer verbunden. Neue Fahrzeugtechnologien, die Vernetzung
- 23 zwischen Fahrzeugen (car2car-communication) und zwischen Fahrzeugen und
- 24 Verkehrsinfrastruktur (car-to-X -communication) brauchen rechtliche
- 25 Rahmenbedingungen, um Fragen der Zulassung, Haftung und Berechtigung zum
- 26 Führen und Nutzen von Fahrzeugen zu definieren.

- 27 Wenn sich Mobilität und Verkehr verändern, verändern sich auch die
- 28 Anforderungen die Nutzung öffentlicher Räume. Die Regional- und Stadtplanung
- 29 muss sich den neuen Entwicklungen anpassen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 69

30 Hessen als wichtige europäische Verkehrsdrehscheibe muss die neuen
31 Entwicklungen und die Chancen der Digitalisierung auch im Verkehrssektor
32 frühzeitig nutzen und mitgestalten. Die hessische Fahrzeug-, Verkehrs- und
33 Mobilitätswirtschaft steht vor großen Herausforderungen, wenn sich die
34 Bedingungen im Personen und- Güterverkehr ändern. Bestehende
35 Geschäftsmodelle werden sich ändern und ganz neue entstehen. Das alles hat
36 erhebliche Auswirkungen auf Wertschöpfungsketten, Arbeitsplätze und nicht zu
37 Letzt die öffentlichen Steuereinnahmen.

38 Um Mobilität 4.0 maßgeblich mitgestalten zu können sind erhebliche Investitionen
39 in den Um- und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur notwendig.
40 Straßen, Schilder und Verkehrsleitsysteme müssen vernetzt werden.

41 Im Bereich des ÖPNVs besteht eine besondere Verpflichtung der öffentlichen
42 Hand, neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln und zu erproben, um die Chancen
43 und Vorteile der Digitalisierung und autonom gesteuerter Verkehre nutzen zu
44 können.

45 Mit dem „House of Logistic and Mobility“ (HOLM) haben wir in Hessen ein
46 deutschlandweit einmaliges Instrument, um gemeinsam mit namhaften Partnern
47 aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung die Digitalisierung der
48 Mobilität und wichtige Themen wie das autonome Fahren voranzutreiben und
49 umzusetzen.

50 **Die FDP Hessen fordert:**

51 1. Aufwertung des **HOLM** zum **zentralen Kompetenzzentrum Mobilität 4.0** und
52 Einrichtung von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten zu den Themen:

53 a) Verkehrsinfrastruktur 4.0

54 b) Individualverkehr 4.0

55 c) Waren- und Güterverkehr 4.0

56 d) Öffentlicher Verkehr und individualisierter ÖPNV 4.0

57 2. Die Landesregierung wird aufgefordert sich beim Bundesministerium für
58 Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) um die Förderung eines **Pilotprojektes** zum
59 Thema ÖPNV und autonomes Fahren zu bemühen. Dabei sollen unter
60 Realbedingungen autonom gesteuerte (Micro-) Busse in mindestens **zwei**
61 **Testfelder** erprobt werden, um die spezifischen Anforderungen a) *im ländlichen*
62 *Raum* und b) *im städtischen Umfeld* zu ermitteln. Entsprechende Fahrzeuge und
63 erste Teststrecken gibt es bereits, u.a. von der Deutschen Bahn AG.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 70

Antrag 018

**Betr.: Mehr Geld für Straßenbau, mehr Bundesmittel abrufen!
Riederwaldtunnel, A661-Ausbau und A49 Weiterbau sind
zentrale Maßnahmen für Hessen.**

Antragsteller: Jürgen Lenders, Mario Klotzsche, Kreisverband Fulda

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Hessen gehört zu den wichtigsten europäischen Verkehrsdrehkreuzen. Unsere
2 Bundesautobahnen und Bundesstraßen, insbesondere die A3, A4, A5, A7, A44,
3 A45, A66 und A67, sind stark frequentierte Verkehrsadern mit nationaler
4 Bedeutung.

5 Die hessischen Bürger und Unternehmen profitieren von der zentralen Lage
6 unseres Landes und der verkehrlichen Anbindung. Laut einer aktuellen Studie
7 der IHK Frankfurt ist etwa die Hälfte aller Beschäftigten in der Metropolregion
8 Rhein-Main im Bereich der Industrie und industrienahen Dienstleistungen (z.B.
9 Logistik, Waren- und Güterverkehr) beschäftigt. Zu den wichtigsten
10 Standortfaktoren gehört neben der Nähe zum internationalen Flughafen die
11 Anbindung an das Fernstraßen- und Schienennetz.

12 Die Untersuchung der IHK Frankfurt zeigt aber auch, dass Hessen im Vergleich
13 zu anderen deutschen Metropolregionen, insbesondere München, Hamburg und
14 Nürnberg, zurückgefallen ist und die hessische Wirtschaft nicht mehr in gleicher
15 Weise am Wachstum partizipiert. Die zurückgehende Wettbewerbsfähigkeit der
16 hessischen Wirtschaft hängt wesentlich mit verschlechterten
17 Rahmenbedingungen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zusammen.

18 **Bundesmittel abrufen**

19 Die hessischen Fernstraßen sind schon heute hoch belastet. Laut Prognose des
20 Bundesverkehrsministeriums ist mit einer weiteren Zunahme der Verkehre zu
21 rechnen. Bis 2030 wird die Verkehrsleistung im Schwerlastverkehr um 38
22 Prozent, im Bereich des PKW-Verkehr um 11 Prozent steigen. Hessen als
23 wirtschaftsstarkes Land mit hoher Transitbetroffenheit, wird deutlich stärker von
24 dieser Entwicklung betroffen sein.

25 Schon heute gehören Staus zum Alltag der Autofahrer. Zeitverluste, höhere
26 Spritkosten und unnötigen Umweltbelastungen sind die Folge. Der Zustand vieler
27 hessischer Bundesstraßen und Bundesautobahnen ist besorgniserregend. Das
28 Debakel um die Sperrung der Schiersteiner Brücke spricht Bände.

29 Wir Freie Demokraten sind deshalb empört darüber, dass die CDU-geführte
30 Landesregierung mit Verkehrsminister Tarek-Al-Wazir (Grüne) im letzten Jahr 39

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 71

31 Millionen Euro an Bundesmitteln für die hessischen Fernstraßen ungenutzt
32 verfallen ließ. Kein anderes Land hat so viel Geld zurückgeben.

33 Die Verweigerungshaltung der hessischen Landesregierung ist nicht nur
34 verantwortungslos, sondern auch deshalb ärgerlich, weil dadurch andere Länder
35 (z.B. Freistaat Bayern) in den Genuss zusätzlicher Mittel für den Straßenbau
36 kommen und hessischen Bauunternehmen Auftragsvolumen in Millionenhöhe
37 verloren geht.

38 Im Vergleich zum Jahr 2015 wurden in Hessen im letzten Jahr sogar effektiv 70
39 Millionen Euro weniger in Autobahnen und Bundesstraßen investiert, obwohl der
40 Bedarf steigt. Dieser Rückgang entspricht beinahe dem Volumen des
41 Landesstraßenbauprogramms (90 Millionen Euro). Während der Bund den
42 Ländern von Jahr zu Jahr insgesamt jeweils rund eine Milliarde Euro mehr zur
43 Verfügung stellt, ruft die hessische Landesregierung immer weniger davon ab,
44 obwohl es in ganz Hessen wichtige und dringende Aus- und Neubauprojekte
45 gibt.

46 **Riederwaldtunnel A66 und Ausbau der A661**

47 Von großer Bedeutung für das gesamte Rhein-Main-Gebiet ist der Lückenschluss
48 zwischen A66 und A661 mit dem Riederwaldtunnel. Verkehrsminister Tarek
49 Al-Wazir hat den Baubeginn dieses wichtigen Projektes auf unbestimmte Zeit
50 verschoben. Mit Rückstufung des sechsstreifigen Ausbaus der A661 im
51 Bundesverkehrswegeplan 2030 haben sich die Realisierungschancen des
52 Tunnels jedoch deutlich verringert.

53 Ohne einen Ausbau der A661 als Ostumfahrung Frankfurts können die massiven
54 Verkehrsprobleme mit Dauerstau und Ausweichverkehren nicht bewältigt werden.
55 Die A661 ist zudem die direkte Verbindung zwischen den wachstumsstarken
56 Städten im Hochtaunuskreis und Wetteraukreis mit der Region Offenbach.

57 **Weiterbau der A49**

58 Auch der Weiterbau der A49 von Kassel bis zur A5 mit dem Lückenschluss von
59 Neuental bis zum Autobahndreieck Ohmtal (A5) gehört zu den dringenden
60 Verkehrsprojekten in Hessen. Während insbesondere die früheren
61 Verkehrsminister Dieter Posch und Florian Rentsch die Planungen für den
62 Weiterbau der A49 energisch vorgetrieben haben und trotz eines schwierigen
63 finanzpolitischen Umfelds die Finanzierung einzelner Abschnitte sicherstellen
64 konnten, steht die CDU-geführte Landesregierung nun trotz
65 Finanzierungsbereitschaft des Bundes auf der Bremse. Es ist nicht akzeptabel,
66 dass allein die Prüfung einer Realisierungschance bis 2019 dauern soll.

67 **Rheinbrücke**

68 Auch bei der Umsetzung einer Machbarkeitsstudie für den Bau einer Brücke
69 über den Rhein zwischen dem Rheingau und Rheinhessen stellt die

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 72

70 Landesregierung die falschen Signale. Auf einer Länge von 84 Kilometern gibt
71 es zwischen Wiesbaden/Mainz und Koblenz keine Brücke über den Rhein. Trotz
72 eines klaren Bekenntnisses der Region für eine Machbarkeitsstudie und der
73 Bereitschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Verkehrsminister Volker Wissing
74 das Projekt voranzutreiben, bleibt die hessische Landesregierung inaktiv.

75 **Landesstraßen**

76 Auch im Bereich der Landesstraßen sind dringend größere Investitionen für den
77 Erhalt, Aus- und Neubau notwendig. In dieser Legislaturperiode hat die
78 CDU-geführte Landesregierung kein einziges neues Projekt begonnen. Alle
79 laufenden Neubaumaßnahmen sind noch unter FDP-Verkehrsministern begonnen
80 wurden.

81 Trotz massiver Steuermehreinnahmen hat sich die Koalition darauf verständigt,
82 die Mittel für den Landesstraßenbau dauerhaft auf dem Niveau von 90 Millionen
83 Euro einzufrieren. Damit sinkt der Anteil der Investitionen für Landesstraßen an
84 den Gesamtausgaben des Landes. Laut Geschäftsbericht (2015) der
85 Landesregierung beträgt jedoch allein der Werteverzehr (Abschreibungen) im
86 Bereich der Landesstraßen jährlich 185 Millionen Euro. Investitionen in dieser
87 Größenordnung wären also notwendig, um zumindest den dauerhaften Erhalt
88 des Landesstraßennetzes sicherzustellen.

89 Ein erfolgreiches Instrument zur Umsetzung dringender
90 Landesstraßenbauprojekte war das gemeinsam mit den Kommunen
91 durchgeführte „Kommunale Interessenmodell“ (KIM), bei dem Maßnahmen,
92 insbesondere Ortsumfahrungen, durch die Kommunen vorfinanziert wurden und
93 damit schneller zu realisieren waren. Solche partnerschaftlichen
94 Finanzierungsinstrumente sollten wieder aufgenommen werden.

95 **Die FDP Hessen fordert deshalb:**

- 96 1. Aufstockung der Planungsmittel für Bundesstraßen und Bundesautobahnen
97 auf 90 Millionen Euro jährlich für externe Planung
98 (Ingenieurfremdleistungen).
- 99 2. Nachhaltige Steigerung des hessischen Anteils an den Bundesbaumitteln
100 für den Fernstraßenbau auf mindestens 10 Prozent
- 101 3. Schneller Lückenschluss der A49 zwischen der Anschlussstelle
102 Schwalmstadt und dem Autobahndreieck A 5/A 49.
- 103 4. Schnellstmögliche Realisierung des Riederwaldtunnels mit dem
104 Lückenschlusses zwischen A66 und A661.
- 105 5. Sechsstreifiger Ausbau der A661 zwischen dem Autobahnkreuz Bad
106 Homburger Kreuz und der Anschlussstelle Offenbach-Kaiserlei.
- 107 6. Erhöhung der Mittel für die Landesstraßen auf das Niveau des
108 Abschreibungsbedarfes (185 Millionen Euro), um Erhalt, Aus- und Neubau
109 sicherzustellen.
- 110 7. Wiederaufnahme des „Kommunalen Interessenmodells“ (KIM)

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 73

- 111 8. Realisierung einer Machbarkeitsstudie für den Neubau einer Brücke über
112 den Rhein zwischen dem Rheingau und Rheinhessen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 74

Antrag 019

Betr.: Industriestandort Hessen erhalten – Energiepolitik reformieren

Antragsteller: René Rock, Mario Klotzsche, Kreisverband Fulda

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Industrie und industrienahen Dienstleistungen sind Grundpfeiler der
2 hessischen Wirtschaft. Studien zeigen, dass die hessische Industrie im Vergleich
3 zu anderen Regionen Deutschlands und im internationalen Wettbewerb jedoch
4 zurückfällt. Die Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe ist seit über einem Jahr
5 rückläufig und liegt unter dem Niveau des Jahres 2010. Auch die Zahl der
6 Beschäftigten geht in einigen Bereichen deutlich zurück.

7 Besonders energieintensive Unternehmen reduzieren ihre Investitionen in Hessen
8 und verlegen Produktionsprozesse und damit Wertschöpfung ins Ausland. Dabei
9 spielt die chemische Industrie eine bedeutende Rolle. Hauptursache für diesen
10 Trend sind laut einer Umfrage des DIHK die explodierenden Stromkosten in
11 Deutschland. Während im Jahr 2000 eine Kilowattstunde Industriestrom in
12 Hessen im Durchschnitt 6 Cent kostete, liegt der Preis heute bei über 15 Cent.
13 Das entspricht einem Anstieg um 150 Prozent.

14 Das Fraunhofer Institut hat im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums die
15 Industriestrompreise im internationalen Vergleich untersucht. Verbraucher in
16 Frankreich zahlen rund 4,5 Cent je Kilowattstunde, in den Niederlanden 5,6
17 Cent, in Großbritannien 7,5 Cent und in den USA – je nach Bundesstaat –
18 zwischen 3-4 Cent. Sogar in Dänemark, wo der Anteil erneuerbarer Energien an
19 der Stromerzeugung deutlich höher ist als in Deutschland, zahlen Betriebe nur
20 etwas mehr als die Hälfte des deutschen Preises.

21 Seit der Liberalisierung des deutschen Strommarktes im Jahr 1998 ist der Anteil
22 der Steuern, Abgaben und Umlagen am Preis für Industriestrom von 2 Prozent
23 auf 57 Prozent (2016) gestiegen. Von den 15 Cent, die heute für eine
24 Kilowattstunde fällig sind, fließen nur etwa 6 Cent an die Stromerzeuger und
25 Netzbetreiber. Rund 9 Cent bezahlen die Kunden für die Subventionierung
26 erneuerbarer Energien (6,88 Cent EEG-Umlage), die Stromsteuer, den
27 KWK-Aufschlag, die Umlage für abschaltbare Lasten, die Konzessionsabgabe,
28 die §19 StromNEV-Umlage sowie die Offshore-Haftungsumlage. Schon die immer
29 umfangreicher werdende Anzahl an Umlagen und Steuern zeigt, wie der Staat
30 mit immer neuen Instrumenten in den Markt eingreift und die Stromkosten
31 politisch nach oben treibt.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 75

32 Nicht die Stromerzeugung macht den Strom teuer, sondern allein die Steuer- und
33 Abgabenlast. Es zeigt sich auch, andere Länder fördern erneuerbare Energien
34 intelligenter, gezielter und wirtschaftlicher.

35 Gerade für mittelständische Unternehmen in energieintensiven Branchen
36 bedeuten die immer weiter steigenden Strompreise einen massiven
37 Wettbewerbsnachteil. Anders als Großunternehmen können sie nicht ohne
38 Weiteres Produktionsstandorte verlagern. Hessen verliert in der Folge
39 Wertschöpfung, Arbeits- und Ausbildungsplätze, aber auch wichtiges Know-how
40 in Schlüsselindustrien. Ganze Wertschöpfungsketten brechen auseinander mit
41 gravierenden Folgen für die wirtschaftliche Gesamtstruktur. Wenn ein
42 Automobilzulieferer nicht mehr produzieren kann, kommt auch die Autofabrik ins
43 Stocken. Oftmals sind es gerade Mittelständler, die hochspezialisierte Verfahren
44 und Produkte zur Verfügung stellen.

45 In diesem Jahr ist die EEG-Umlage mit 6,88 Cent auf ein neues Allzeithoch
46 gestiegen. Insgesamt bringen die Verbraucher jährlich 23 Milliarden Euro für die
47 EEG-Förderung auf. Zum Vergleich: Im Bundeshaushalt stehen für Bildung und
48 Forschung aktuell 16,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Etwa die Hälfte der
49 EEG-Umlage trägt die gewerbliche Wirtschaft. In den Topf zahlen 96 Prozent
50 aller Industrieunternehmen voll ein, nur 4 Prozent profitieren von der besonderen
51 Ausgleichsregelung. Die Unternehmen tragen also die finanzielle Hauptlast der
52 Energiewende.

53 Das Ende der Fahnenstange ist aber noch lange nicht erreicht. Im Sommer
54 2011, einige Monate nach Fukushima, hatte Kanzlerin Merkel versprochen, die
55 EEG-Umlage auf dem Niveau von 3,5 Cent zu belassen. Heute wird den
56 Verbrauchern das Doppelte abverlangt. Nach Berechnungen des Instituts der
57 deutschen Wirtschaft Köln wird die Ökostromumlage bis 2025 auf bis zu 10 Cent
58 klettern. Dann müssten die Verbraucher Wind- und Solarkraft und Co. mit 33
59 Milliarden Euro jährlich subventionieren.

60 In den Berechnungen sind dabei noch nicht die Kosten für den Netzausbau und
61 die Netzstabilisierung enthalten. Wegen der schwankenden Einspeisung von
62 Wind- und Solarstrom müssen Netzbetreiber bei Starkwind Windkraftanlagen
63 gegen Entschädigung abschalten. Bei Flaute werden dagegen konventionelle
64 Kraftwerke aus der Reserve hochgefahren. Diese sogenannten
65 Redispatchmaßnahmen kosteten die Verbraucher im Jahr 2015 rund eine
66 Milliarde Euro. Der Netzbetreiber Tennet rechnet bis 2020 mit jährlich vier
67 Milliarden Euro, allein für solche Maßnahmen.

68 Auch aus sozialpolitischen Gründen ist das EEG abzulehnen. Die hohen
69 Subventionen sind nicht nur eine Belastung für die gewerbliche Wirtschaft,
70 sondern auch für alle privaten Verbraucher. Während im Steuerrecht der
71 Grundsatz einer progressiv ansteigenden Belastung verankert ist, tragen beim
72 EEG Geringverdiener unverhältnismäßig hohe Lasten. Heute gibt es über
73 350.000 Familien, die wie in der Steinzeit leben müssen, weil ihnen wegen der

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 76

74 hohen Preise der Stromanschluss abgeklemmt wurde, denn auch
75 Hartz-IV-Empfänger müssen ihre Stromkosten selbst bezahlen.

76 Trotz der gigantischen Subventionen findet keine effektive Erfolgskontrolle der
77 Energiewende statt. So hat der Bundesrechnungshof in einem aktuellen
78 Prüfbericht dem Bundeswirtschaftsministerium attestiert, dass es keine Übersicht
79 zu den Kosten der Energiewende besitzt.

80 Dass die Stromkosten trotz aller Reformen am EEG weiter steigen, hat neben
81 wirtschaftlichen Fehlanreizen auch technisch-physikalische Ursachen. In der
82 Hysterie nach Fukushima gab es viel blinden Aktionismus. Von Bund, Ländern
83 und Kommunen wurden jeweils eigene Ausbauziele verkündet, ohne
84 Abstimmung untereinander und ohne zuvor grundlegende Fragen, beispielsweise
85 die Sicherstellung der Grundlast, zu klären. Gleiches gilt für die Frage der
86 Stromnetze und wo welche Formen und Mengen an Stromerzeugung sinnvoll
87 sind. Es wurde auch nicht untersucht, ob die meteorologischen Voraussetzungen
88 in Hessen überhaupt einen so gigantischen Ausbau von Wind- und Solarenergie
89 sinnvoll erscheinen lassen.

90 Im Dezember 2016 waren in Deutschland rund 27.000 Windräder mit einer
91 installierten Leistung von knapp 50 Gigawatt am Netz. Das entspricht etwa der
92 Kapazität von 50 Atomkraftwerken. Dazu kamen 41 Gigawatt installierte
93 Solarstromleistung. Wind und Solar brachten es also auf stolze 90 Gigawatt.
94 Damit könnte man die Energieversorgung Deutschlands theoretisch sicherstellen,
95 denn die maximale Netzlast lag im Dezember bei 76 Gigawatt.

96 Tatsächlich sind von den 50 Gigawatt Windstrom an sechs Dezembertagen 49
97 Gigawatt wegen Flaute ausgefallen. Die Solarkraft konnte diesen Ausfall nicht
98 kompensieren, da in den dunklen Wintermonaten die Sonne als
99 Erzeugungsquelle fast vollständig ausfällt. Im Mittel lag die Auslastung der
100 installierten Solarleistung bei geringen drei Prozent.

101 An immer mehr Tagen im Jahr kommt es an windstarken Tagen zu
102 Überproduktion, beispielsweise an den Weihnachtsfeiertagen 2016. Der
103 Strombedarf ging zu dieser Zeit zurück, während ein Rekordangebot an
104 Windstrom im Netz war. In der Folge sackte der Strompreis an der Börse ab und
105 wurde sogar negativ. Wer Strom abnahm, bekam dafür noch Geld obendrein
106 geschenkt. Insgesamt kostete die „Stromvernichtung“ nur an den
107 Weihnachtsfeiertagen die Verbraucher zusätzlich 20 Millionen Euro. Davon
108 profitieren vor allem ausländische Stromkunden, insbesondere aus den
109 Niederlanden und der Schweiz, denen die deutschen Verbraucher teuer
110 subventionierten Strom „schenken“.

111 Auch im Bereich des Klimaschutzes haben die Ziel der Energiewendepolitik nicht
112 zum Erfolg geführt. Im Gegenteil: Das EEG konterkariert das System des
113 europäischen Emissionshandels und hat indirekt dazu geführt, dass
114 emissionsschädliche Erzeuger (z.B. Braunkohle) deutlich günstiger produzieren

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 77

115 konnten somit die Reduktionsziele trotz gigantischer EEG-Förderung, bisher
116 insgesamt fast 200 Milliarden Euro (ohne zukünftige Zahlungsverpflichtungen),
117 nicht erreicht wurde.

118 **Die FDP Hessen fordert deshalb:**

119 1. Das EEG wird abgeschafft. Bestehende Anlagen genießen Rechtsschutz.

120 2. Alle Beihilfen und Formen öffentlich finanzierter Unterstützung für den Ausbau
121 weiterer Erzeugungskapazitäten im Bereich der Wind- und Solarkraft werden
122 gestrichen (ausgenommen sind Forschungs- und Demonstrationsanlagen).

123 3. In der Energiewirtschaft sollen die marktwirtschaftlichen Instrumente gestärkt
124 und staatliche Eingriffe zurückgeführt werden. Die Gestaltung von Preisen und
125 Mengen soll grundsätzlich dem Wettbewerb überlassen werden.

126 4. Auf gesetzliche Vorgaben zur Einspeisung von Mindestmengen (Quoten) an
127 erneuerbaren Energien wird verzichtet.

128 5. Um den Industriestandort Hessen und Deutschland und insbesondere
129 energieintensive Branchen zu erhalten, sollen alle energiepolitischen Maßnahmen
130 auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen geprüft werden. Alle Maßnahmen, die zu
131 steigenden Stromkosten führen können, sind zu unterlassen
132 (Wirtschaftlichkeitsklausel).

133 6. Zum Schutz von Menschen und Natur sollen insbesondere für
134 Windkraftanlagen folgende Regeln gelten:

135 - der Abstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung muss sich nach
136 folgendem Grundsatz richten: Abstand in Metern ist gleich die Gesamthöhe der
137 Windkraftanlagen multipliziert mit 10 (10H) (alle Formen der Wohnbebauung sind
138 gleich zu behandeln)

139 - Abstände zu geschützten Vogelarten müssen mindestens den Standards des
140 „Helgoländer Papiers“ der Landesarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten
141 entsprechen

142 - die besondere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen entfällt

143 - Waldflächen sind grundsätzlich von der Windenergienutzung ausgeschlossen

144 7. Maßgebliches Instrument des Klimaschutzes soll der europäische
145 Emissionshandel sein. Marktwirtschaftliche Instrumente sind hier zu stärken.
146 Mindestpreise und Mindestmengen werden abgelehnt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 78

Antrag 020

Betr.: Gesetzliches Kopftuchverbot für Richterinnen,
Staatsanwältinnen und Rechtsanwältinnen im Gerichtssaal

Antragsteller: Landesfachausschuss für Innen- und Rechtspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP fordert ein gesetzliches Kopftuchverbot für Richterinnen und
- 2 Staatsanwältinnen im Sitzungsdienst sowie für Rechtsanwältinnen im Rahmen
- 3 ihrer Tätigkeit als Prozessbevollmächtigte vor Gericht.

Begründung:

Zu der vorliegenden Thematik äußerte sich der Direktor des Amtsgerichts Bielefeld und Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Jens Gnisa in der Neuen Juristischen Wochenschrift Heft 36/2016 auf S. 15 wie folgt:

„Auch ein liberaler Rechtsstaat muss sich durchsetzen, um Recht zu schaffen. Neben guten Gesetzen braucht er dazu auch Symbole, um wahrgenommen zu werden: Die Amtstracht, ansprechende Gerichtsgebäude, ordentliche Sitzungssäle. Symbole anderer Werteordnungen als die des Rechts haben eine gegenläufige Wirkung. Sie rufen den Eindruck hervor, das Recht werde überlagert, trete gar zurück. Deshalb hat im Sitzungssaal das strikte Neutralitätsgebot hier seinen Sinn. Die Herrschaft des Rechts wird auf diese Weise sichtbar. Selbstverständlich bezieht sich das Neutralitätsgebot nicht etwa nur auf einen kreuzfreien Sitzungssaal, also den örtlichen Rahmen, in dem Recht gesprochen wird, sondern erst recht auf die Repräsentanten des Staats, also vornehmlich Richter und Staatsanwälte im Sitzungsdienst.

Das Kopftuch verstößt eklatant gegen das Neutralitätsgebot, denn es wird bewusst als äußeres Zeichen einer religiösen Überzeugung getragen. Durch seine optische Dominanz suggeriert es, die Entscheidung richte sich eben nicht nur am Recht aus, sondern eher an den möglicherweise abweichenden Lehren dieser Religion. Selbstverständlich gilt dies für vergleichbar dominante Symbole anderer Religionen, Philosophien oder politischer Überzeugungen ebenso. Was hielten wir etwa von Abzeichen demokratischer Parteien an der Kleidung eines Richters? Nichts, und das völlig zu Recht. Für Religionen kann nichts anderes geltend. Man kann auch nicht einwenden, jeder Richter habe ohnehin persönliche Überzeugungen, die er etwa bei Ermessensentscheidungen berücksichtige, und das Kopftuch mache dies nur transparent. Es geht nicht um den Glauben als solchen, sondern um den Eindruck, der durch das sichtbar getragene Symbol der Öffentlichkeit vermittelt wird.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 79

Es bleibt dabei: Die Trägerin eines Kopftuchs ruft zumindest den Anschein hervor, sie stelle die Religion über das Recht. Das darf nicht sein. Deshalb muss der Gesetzgeber so schnell wie möglich die Neutralität im Gerichtssaal absichern - durch ein allgemeines Verbot.“

Das gleiche muss konsequenterweise auch für Rechtsanwältinnen bei Ihrer Tätigkeit im Sitzungssaal gelten, da auch sie Organ der Rechtspflege sind (§ 1 BRAO).

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 80

Antrag 021

Betr.: Art. 63 Abs.1 GG

Antragsteller: Walther Kiep

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag fordert den Bundesparteitag auf dem folgenden Antrag
- 2 zuzustimmen.
- 3 Art. 63 Abs.1 GG wird um den folgenden Satz erweitert:
- 4 „Vorgeschlagen werden dürfen solche Personen nicht, die das Amt des
- 5 Bundeskanzlers bereits in zwei vorangegangenen Legislaturperioden ausgeübt
- 6 haben.“

Begründung:

Die ältesten Demokratien – USA und Frankreich – haben in ihren Verfassungen festgelegt, dass die Präsidenten nur einmal wieder gewählt werden dürfen. Grund hierfür war die Überzeugung, dass eine länger als 10 Jahre währende Präsidentschaft, verbunden mit den Machtbefugnissen dieses Amtes, der Demokratie schadet.

In Deutschland gilt diese Regel ebenfalls. Nur hat der Bundespräsident im Wesentlichen repräsentative Funktionen.

Die exekutive Macht auf Bundesebene liegt aber bei dem Bundeskanzler.

Eine Begrenzung seiner/ ihrer Amtszeit garantiert den für die Demokratie notwendigen Wechsel an der Spitze.

Weitere Begründung mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 81

Antrag 022

Betr.: In allen Disziplinen frei – Für eine liberale Sportpolitik

Antragsteller: JuLis Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Sport ist Freizeitbeschäftigung, Leistung, Gemeinschaftsgefühl sowie Mittel zur
2 Integration und Inklusion. Die FDP Hessen begreift Breitensport in Schulen,
3 Betrieben und Vereinen als einen elementaren Teil des Alltags der Bevölkerung.
4 Unterdessen erkennen wir Spitzensport, der sich auf professionelle Wettkämpfe
5 konzentriert, als Ausdruck von Leistung an, der gleichzeitig der Unterhaltung
6 dient. Wir befürworten die grundsätzliche Zuständigkeit des Bundes für den
7 Spitzensport, während Länder und Kommunen auf den Breitensport fokussiert
8 bleiben sollen. Eine besondere Stellung kommt in Deutschland dem Fußball zu,
9 der durch seine starke Präsenz und Beliebtheit spezielle Herausforderungen in
10 Fankultur und Stadionsicherheit birgt. Für all diese Facetten des Sportes braucht
11 es politische Antworten, die fördern und ermutigen, anstatt Einsatz und
12 Begeisterung zu hemmen.

13 **Breitensport: Schulsport & Vereinsleben**

14 Die Freien Demokraten erkennen das Schulfach Sport als wichtigen Teil des
15 Schulsystems an und lehnen eine Senkung der Pflichtstunden an hessischen
16 Schulen entschieden ab. Sportunterricht soll zu einer gesunden Lebensführung
17 mit Freude an der Bewegung beitragen.

18 Vereine sehen sich zunehmend mit den Herausforderungen der
19 Mitgliedergewinnung und –bindung konfrontiert. Um Kinder und Jugendliche für
20 das Vereinsleben zu begeistern, begrüßt die FDP Hessen Vernetzungen von
21 Vereinen und Schulen in Arbeitsgemeinschaften, im Wahlpflichtunterricht, beim
22 Aufbau von Schulmannschaften, der Vorbereitung auf Sportabzeichen und
23 "Jugend trainiert für Olympia", bei Projekttagen oder als Partner bei der
24 Durchführung von Bundesjugendspielen. Die Finanzierung kann hierbei im
25 Rahmen der selbstständigen Schule, durch das Ganztageschulbudget,
26 schulische Fördervereine und Sponsoring sowie durch zweckgebundene
27 kommunale und hessenweite Programme, insbesondere "Schule und Verein" in
28 Kooperation mit dem Landessportbund Hessen und der Sportjugend Hessen,
29 erfolgen. Ergänzend befürworten die Freien Demokraten die gemeinsame
30 Nutzung von Turnhallen und Sportplätzen sowie die gemeinsame Anschaffung
31 von Sportgeräten, um kostensparend eine möglichst gute Ausstattung zu
32 erzielen, von der alle profitieren können.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 82

33 Ein entscheidender Faktor in der Entwicklung der Vereine ist der Mangel an
34 qualifizierten, ehrenamtlichen Trainern. Die FDP Hessen fordert eine Erhöhung
35 der steuerlichen Freibeträge im Ehrenamt, der Übungsleiterpauschale sowie der
36 Ehrenamtspauschale. Des Weiteren sprechen wir uns für einen erleichterten
37 Zugang zur Ehrenamtskarte aus, die mit Vergünstigungen bei Veranstaltungen
38 und Einrichtungen Engagement honoriert.

39 **Spitzensport: Sportförderung & Doping**

40 Die FDP Hessen spricht sich klar für die Förderung des Hochleistungssportes in
41 Deutschland aus. Grundsätzlich müssen Organisationen, Verbände und
42 Einrichtungen des Sports ihre Aufgaben eigenständig finanzieren, sodass
43 Unterstützung durch den Bund nur ergänzend stattfindet. Dabei ist eine
44 Priorisierung der Förderung notwendig, um Gelder zielgerichtet und effizient zu
45 verteilen. Bei der Priorisierung von Sportarten sollen sowohl das
46 Medaillenpotenzial bei Olympia, die Ergebnisse weiterer internationaler
47 Wettkämpfe sowie die Zahl der Wettbewerber in Deutschland berücksichtigt
48 werden. Eine Verabsolutierung von Medaillen lehnen wir entschieden ab, da
49 diese nicht die gesellschaftliche Bedeutung in der Breite widerspiegeln kann, für
50 die der Spitzensport als Vorbild dient. Eine Verlagerung zu einer individuelleren
51 Förderung von Sportlern nach Leistung und Leistungsperspektive begrüßen wir.

52 Sportliche Karrieren sind unsicher und zeitlich begrenzt. Eine langfristige duale
53 Karriereplanung ist demnach entscheidend für Menschen, die den Weg des
54 Spitzensportes gehen wollen. Die Freien Demokraten unterstützen die
55 Spitzensportförderung durch Bundespolizei und –wehr und fordern eine
56 Erweiterung des Systems auf andere staatliche Stellen, wo dies sinnvoll möglich
57 ist. Da 50% der Olympiateilnehmer Studenten sind, bieten Fernstudien ein
58 großes Potential, das es auszubauen gilt.

59 Die FDP Hessen verurteilt Doping als Betrug am sportlichen Wettbewerb. Die
60 Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur muss vom Bundesministerium
61 des Inneren und den Sportverbänden weiterhin anteilig getragen werden. Ein
62 Nichtnachkommen dieser Pflicht auf Seiten der Verbände, wie zuletzt geschehen,
63 ist inakzeptabel.

64 **Großveranstaltungen & Medien**

65 Die FDP Hessen erkennt sportliche Großveranstaltungen, wie die Olympischen
66 Spiele und Welt- und Europameisterschaften, als einen Beitrag zur
67 internationalen Völkerverständigung an. Gleichzeitig üben wir insbesondere
68 offene Kritik an IOC und Fifa, deren Vergabeverfahren und
69 Austragungsbedingungen zuletzt nicht unseren Standards von Demokratie und
70 Menschenrechten gerecht werden konnten. Die Freien Demokraten in Hessen
71 sehen es als erstrebenswert an, Sportveranstaltungen nach Deutschland zu
72 holen. Dabei muss die Bevölkerung von Anfang an am Prozess beteiligt werden
73 und die Projektplanung kostenrealistisch erfolgen. Statt immer kostspieligeren

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 83

74 Ansprüchen an den Eventfaktor des Sportes nachzugeben, muss der Fokus auf
75 einer nachhaltigen Infrastrukturentwicklung liegen, die einen langfristig positiven
76 Effekt der Veranstaltung nach sich zieht. Eine Befreiung von der Quellensteuer,
77 die bei internationalen Sportevents in Deutschland auf Einnahmen ausländischer
78 Sportler gezahlt werden muss, muss nach transparenten Kriterien erfolgen und
79 darf keine Sportart bevorzugen.

80 Die FDP Hessen sieht es als Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien an, Sport
81 in seiner ganzen Breite zu zeigen und das Angebot nicht weitgehend auf
82 Olympia und Fußball zu beschränken, damit Spitzensportlern die Möglichkeit
83 eingeräumt wird, ihren Sponsoren Sendezeiten zu garantieren und somit ihren
84 Lebensunterhalt zu finanzieren. Bei den Übertragungsrechten von
85 Sportveranstaltungen muss dabei Augenmaß bewahrt werden. Ausufernde
86 Kosten von Sportübertragungen können die Verwendung von Rundfunkgebühren
87 nicht rechtfertigen, wenn diese Aufgabe auch von privaten Sendern geleistet
88 werden kann.

89 Das staatliche Monopol auf Sportwetten ist aufzulösen, sodass private
90 Wettanbieter durch Lizenzierungsverfahren zugelassen werden können. Des
91 Weiteren fordern wir die Abschaffung der 5%-Wettsteuer auf Sportwetten.

92 **Fußball: Stadionsicherheit & Pyrotechnik**

93 Fußball hat eine gesellschaftliche Relevanz wie kein anderer Sport in
94 Deutschland. Die FDP Hessen erkennt die Gewährleistung von Sicherheit bei
95 Fußballspielen als staatliche Hoheitsaufgabe an. Einschränkungen einer
96 lebendigen Fankultur, die keinen maßgeblichen Sicherheitszuwachs nach sich
97 ziehen, lehnen wir ab. Hierbei sind insbesondere Stadtverbote, Alkoholverbote,
98 Stehplatzverbote, flächendeckende Videoüberwachungen sowie Nacktkontrollen
99 zu nennen. Die Freien Demokraten in Hessen sprechen sich für die Abschaffung
100 der "Datei Gewalttäter Sport" aus, die nicht nur im Zusammenhang mit
101 Sportveranstaltungen straffällig gewordene Personen erfasst, sondern auch
102 Personen enthält, bei denen die polizeiliche Annahme besteht, sie könnten
103 zukünftig im sportlichen Rahmen straffällig werden. Eine entsprechende Datei
104 darf nur bereits verurteilte Straftäter aufnehmen und betroffene Personen
105 müssen automatisch über ihre Aufnahme informiert werden. Gleichmaßen
106 beurteilen wir auf Verdacht ausgesprochene Stadionverbote ohne vorherige
107 Anhörung als ungerechtfertigte Vorverurteilung von Fans.

108 Die Freien Demokraten wollen mit der Tabuisierung von Pyrotechnik in
109 deutschen Stadien aufräumen und befürworten eine kontrollierte Nutzung nach
110 dem sogenannten "Chemnitzer Weg." Für uns stellt Pyrotechnik nicht per se eine
111 Bedrohung dar, sondern ist Ausdrucksmittel von Fankultur und Emotionen.
112 Pyrotechnik darf dabei nur in einem abgesperrten Bereich stattfinden, an fest
113 zugewiesene Personen gebunden sein und zu fest definierten Zeitpunkten
114 stattfinden, die den Spielbetrieb nicht beeinträchtigen. Insbesondere dürfen
115 lediglich Rauchfackeln eingesetzt werden, die nicht unter das Sprengstoffgesetz

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 84

116 fallen. Auf diese Weise wird illegales Zündeln, das Spielbetrieb und Zuschauer
117 gefährdet, eingedämmt und stattdessen ein sinnvoller Weg gefunden,
118 Pyrotechnik, Fankultur und Sicherheit im Stadion zu vereinen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. und 19. März 2017 in Hanau

Seite 85

Antrag 023

Betr.: E-Mail-Verteiler

Antragsteller: Bezirksverband Rhein-Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle werden beauftragt:
- 2 Ein für die Mitglieder sicheres E-Mail-Verteilersystems zu erstellen, dass die
- 3 Erreichbarkeit der Mitglieder aus den jeweiligen Untergliederungen und
- 4 Ausschüssen garantiert und die E-Mail-Adressen auf dem aktuellsten Stand der
- 5 zentralen Mitgliederverwaltung hält.

Begründung:

In der zentralen Mitgliederdatenbank Navision sind zum einen die E-Mail-Adressen aller Mitglieder und zum anderen in den entsprechenden Verteilerschlüsseln auch die Zugehörigkeiten zu den entsprechenden LFAs, BFAs, Vorständen gespeichert. Auch die Zugehörigkeit zu den Gliederungen ist hinterlegt. Aus eben diesen Daten könnten automatisiert Listen erzeugt werden, die dann Basis für eine Synchronisierung mit einem professionellen Mailinglistentool sind.

Damit könnte man das Problem nicht optimal aktualisierter E-Mail-Listen für alle Gliederungen und Organisationseinheiten lösen. Sicher könnte auch der ein oder andere Kreisverband, Ortsverband etc. eine oder mehrere automatisch aktualisierte Mailinglisten gebrauchen.

Als Partei, die in der Bevölkerung wie keine andere für Digitalisierung steht, sollten wir auch für uns selbst den Weg der IT zu Fuß verlassen und unsere eigene Organisationsstruktur ins Glasfaserzeitalter bringen.